Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3549

07. 01. 80

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über den zweiten Teil der 25. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung der WEU vom 3. bis 6. Dezember 1979 in Paris

Während der Tagung erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

— **Politische Fragen** (politische Voraussetzungen für eine europäische Zusammenarbeit in Rüstungsfragen; die Auswirkungen der sich ändernden Lage im Nahen und Mittleren Osten auf die Sicherheit Westeuropas; die Lage im Iran)

Hierzu sprachen die Abgeordneten Frau von Bothmer (S. 11, 16), Dr. Müller (S. 10, 13), Dr. Geßner (S. 14)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 337 betr. die politischen Voraussetzungen für eine europäische Zusammenarbeit im Rüstungsbereich (S. 11)

Empfehlung 341 betr. die Auswirkungen der sich ändernden Lage im Nahen und Mittleren Osten auf die Sicherheit Westeuropas (S. 17)

Empfehlung 342 betr. die Lage im Iran

— **Verteidigungsfragen** (Das Gleichgewicht der Kräfte; die Definierung der Rüstungserfordernisse und der Rüstungsbe-

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0 22 21) 36 35 51

schaffung in Westeuropa; neue Waffen und die Verteidigungsstrategie; das SALT II-Abkommen und seine Auswirkungen auf die Sicherheit Europas)

Hierzu sprach Abgeordneter Dr. Geßner (S. 19)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 336 betr. das Gleichgewicht der Kräfte (S. 7)

Empfehlung 338 und Richtlinie 52 betr. die Definierung der Rüstungserfordernisse und der Rüstungsbeschaffung in Westeuropa (S. 12)

Entschließung 64 betr. das SALT II-Abkommen und seine Auswirkungen auf die Sicherheit Europas (S. 21)

— **Wissenschaft, Technik und Raumfahrt** (Die industriellen Grundlagen der europäischen Sicherheit; Arktis-Technologie; die brasilianisch-europäischen Gemeinschaftsunternehmen und die Folgen für Europa)

Hierzu sprachen die Abgeordneten Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (S. 22, 25), Dr. Enders (S. 24), Flämig (S. 27)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 339 betr. die industriellen Grundlagen der europäischen Sicherheit (S. 12)

Empfehlung 343 betr. die Arktis-Technologie (S. 26)

Empfehlung 344 betr. die brasilianisch-europäischen Gemeinschaftsunternehmen und die Folgen für Europa (S. 28)

— **Beziehungen zu den Parlamenten** (Informationsbericht des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten)

Der Ausschuß wählte folgende Empfehlungen der Versammlung aus zur besonderen Kenntnisgabe an die Parlamente der Mitgliedsländer: Empfehlung 337 betr. die politischen Voraussetzungen für eine europäische Zusammenarbeit in Rüstungsfragen (S. 11), Empfehlung 338 betr. die Definierung der Rüstungserfordernisse und der Rüstungsbeschaffung in Westeuropa (S. 12), Empfehlung 339 betr. die industriellen Grundlagen der europäischen Sicherheit (S. 12) und Empfehlung 341 betr. die Auswirkungen der sich ändernden Lage im Nahen und Mittleren Osten auf die Sicherheit Westeuropas (S. 17)

— **Haushalt** (Voranschlag des Verwaltungshaushalts der Versammlung 1980; Rechnungslegung der Verwaltungskosten der Versammlung 1978; Stellungnahme zum Haushalt der ministeriellen Organe der WEU 1979

Hierzu sprach Abgeordneter Alber (S. 18, 19)

Beschlüsse der Versammlung

Stellungnahme 26 betr. den Haushalt der ministeriellen Organe der WEU 1979

Empfehlung 340 betr. Verbesserung des Status der Beschäftigten der WEU

Die Reden der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt.

Zur Versammlung sprachen der deutsche Staatsminister im Auswärtigen Amt, Frau Dr. Hamm-Brücher (S. 7), der französische Staatsminister im Außenministerium, Bernard-Reymond, und der amtierende Vorsitzende des Rates und luxemburgische Außenminister, Gaston Thorn.

Als parlamentarische Beobachter nahmen an den Verhandlungen teil: Abg. Frau I. Eide und Abg. O. Vattekar (Norwegen); Abg. Frau N. Lind (Dänemark).

Bonn, den 19. Dezember 1979

Reddemann	**Dr. Manfred Achim Geßner**
Stellvertretender Sprecher	Sprecher

Montag, 3. Dezember 1979

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Präsidenten der Versammlung Kai-Uwe von Hassel

(Übersetzung aus dem Französischen)

Präsident von Hassel: Meine Damen und Herren! Die **Westeuropäische Union** wurde vor 25 Jahren mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge gegründet, und die Versammlung feiert im Juni 1980 ein Vierteljahrhundert politischer Tätigkeit. Diese Gedenktage sollten uns dazu anhalten, die Strecke, die wir hinter uns gebracht haben, richtig einzuschätzen, und wir sollten uns die Frage stellen, mit welchen Mitteln wir unsere zukünftige Sicherheit in einer ständigen Wechseln unterlegenen Weltsituation gewährleisten können.

Wenn wir die Probleme, denen wir heute ausgesetzt sind, mit denen vergleichen, die die Pariser Verträge zu lösen suchten, so stellen wir fest, daß die gravierenden Fragen der damaligen Zeit unverändert vor uns stehen, daß aber auch neue Probleme hinzugetreten sind. Die Gegebenheiten sind nach wie vor zunächst einmal die Teilung Deutschlands und Europas, das rapide Steigen der sowjetischen militärischen Anstrengungen, die Ausnutzung durch die Sowjetunion von Unruhen in der Welt mit dem Ziel der Ausdehnung ihres Einflußbereiches.

Die Spannungsfaktoren, die zur Gründung der Organisation des Brüsseler Vertragswerkes, des Atlantik-Paktes und zur Unterzeichnung des abgeänderten Brüsseler Vertrages führten, bestehen also heute noch fort, aber der Zusammenhang, in den sich die westlichen Anstrengungen zur Überwindung der an sie gerichteten Herausforderungen einfügen, hat sich nicht zu unserem Vorteil entwickelt. Wir haben daher zur Sicherung der Freiheit in der Welt alles zu tun und nichts zu unterlassen, was die Festigkeit unserer Organisation fördert. Wenn unbestritten ist, daß sich die Entwicklung gegen uns wendet, dann besteht leider keinerlei Anlaß, in unseren Anstrengungen zur Erhaltung unserer Organisation nachzulassen.

Der Westen hat in den letzten Jahren auf der Verteidigungsebene den größten Teil seiner relativen Überlegenheit verloren. Die Sowjetunion hat das strategische Gleichgewicht nicht nur erreicht, sondern hat es zu ihren Gunsten zu verschieben vermocht. Die Überlegenheit der Sowjetunion auf dem Gebiet der konventionellen Waffen erhöht sich ständig; ihr Raketenpotential ist unvermindert gewachsen; das Gleichgewicht ist nicht mehr gegeben.

Darüber hinaus sind andere Machtzentren entstanden, die sich ihrerseits am Wettrüsten beteiligen. Gerade in dem Augenblick, in dem die Verbreitung der Techniken, die systematische Nutzung aller Rohstoffquellen, die Entwicklung und der Aufschwung des Handels die Welt zu einigen versuchen, indem sie die Länder, die bisher am meisten vom „Glanz" und vom „Elend" der Industriegesellschaften entfernt waren, daran zu beteiligen versuchen, in dem Augenblick, wo alle Städte sich den gleichen Anstrich geben, ihre Bewohner sich gleich kleiden und ernähren, in dem gleichen Augenblick splittert sich die Welt politisch auf. Die neuen, nach dem Kriege aus der Entkolonialisierung hervorgegangenen Staaten, genauso wie die tausendjährigen, kaum dem Archaismus entronnenen Staaten, melden einerseits eine Souveränität an, die sie entweder mit ihren Nachbarn oder mit rivalisierenden ethnischen Gruppen in Konflikt bringt, andererseits berufen sie sich auf eine Sprache, auf eine Religion, um ihre Eigenständigkeit dann auch meist noch gewalttätig zu behaupten.

Weil die Welt sowohl solidarisch als auch geteilt ist, stößt jeder lokale Konflikt auf einen Widerhall in der gesamten internationalen Gemeinschaft. Die Anstrengungen, die seit dem letzten Konflikt zur Aufrechterhaltung des Friedens unternommen wurden, müssen deshalb Formen annehmen, die den neuen Gegebenheiten angepaßt sind.

Bei der Überwindung der Schwierigkeiten in der Welt spielt der Begriff **Entspannung** eine überragende Rolle. Leider laufen wir Gefahr, diesen Begriff als Grundlage aller Betrachtungen einzuführen, ohne uns über die Voraussetzungen klar zu sein, die es zu erfüllen gilt, damit Entspannung kein leeres Wort bleibt. Dieser Begriff trägt überhaupt nur aus einer Position der Kraft und der Einigkeit. Wir können die Wirksamkeit der Entspannung nur erreichen, wenn wir als Ausgangslage von einer Position der Stärke ausgehen können, die uns Sicherheit gewährleistet, denn jede Schwäche würde uns einer Bedrohung aussetzen, deren Folge eine erhöhte Spannung wäre. Außerdem führen Vorleistungen bei der Abrüstung unweigerlich zu weiteren Verschiebungen des Gleichgewichtes und damit zu Schwäche im Sinne der Entspannungschancen. Wir können daher die SALT II-Verträge, die gewissermaßen das strategische Gleichgewicht festschreiben, nur dann einen Entspannungsfaktor nennen und folglich dem Interesse Europas zugeordnet sehen, wenn sie die Abschreckung gewährleisten und jede Gefahr einer heimlichen, das Gleichgewicht des Schreckens störenden Waffenproduktion ausschalten.

Europa muß vor jedem Erpressungsversuch geschützt werden. Die nuklearen Streitkräfte der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs gewähren diesen Ländern diesbezügliche Garantien und stellen folglich für die Sowjetunion ein Hindernis und für Europa eine Unterstützung dar.

Als ein geteiltes Land, das seine Grenze zwischen den beiden Europas aufteilt, ist die Bundesrepublik Deutschland besondere Verpflichtungen eingegangen. Diese Verpflichtungen stellen einen hochgradigen Entspannungsfaktor dar. Diese Verpflichtungen Deutschlands halten wir aufrecht; die Bundesrepu-

blik Deutschland hat aber auch ein Anrecht auf Sicherheit.

Sie weiß ganz genau, daß der Erfolg einer Entspannungspolitik langfristig zu einer europäischen Friedensordnung führen könnte, die die Chancen beinhaltet, auch zu einer Regelung zwischen den beiden Teilen Deutschlands beizutragen. Aber, wie gesagt, die Bundesrepublik Deutschland, die so große Hoffnungen auf die Entspannung setzte, kann ihre Sicherheit und die Bedingungen dafür nicht aufs Spiel setzen. Und die Sicherheit Deutschlands ist auch die Sicherheit aller Partnerstaaten des revidierten Brüsseler Vertrages, deren Vertreter hier versammelt sind.

(Übersetzung aus dem Englischen)

Die Politik der Entspannung zwingt dazu, das früher vorhandene strategische Gleichgewicht, das auf vielen Gebieten zu Gunsten der Sowjetunion verschoben ist, wieder ins Lot zu bringen. Das gilt vor allem für die nuklearen Waffen mittlerer Reichweite. Dieses Problem wird mit besonderer Aufmerksamkeit von den Mitgliedsländern der integrierten NATO-Organisation verfolgt. Darüber hinaus ist aus der Perspektive meines Landes, das unmittelbar an der europäischen Trennungslinie liegt, auch die Frage der Modernisierung der nuklearen Gefechtsfeldwaffen als die einzige Methode anzusehen, die es uns erlaubt, unannehmbaren politischen Pressionen zu entgehen. Schließlich setzt die Wirksamkeit der Abschreckung die Existenz von genügend zahlreichen, mit modernsten Waffen ausgerüsteten konventionellen Streitkräften voraus, die es ermöglichen, einem Überraschungsangriff standzuhalten und die Erringung eines Pfandes zu verhindern.

Diese Probleme und die sich daran anschließenden Fragen der europäischen Rüstungsforschung und Rüstungspolitik sind sehr ausführlich auf dem Kolloquium diskutiert worden, das unsere Versammlung anläßlich der Gedenkfeier des 25. Jahrestages der Brüsseler Verträge im Oktober dieses Jahres in Brüssel organisiert hat.

Es haben sich dabei – wie es gar nicht anders sein kann – diese oder jene Meinungsverschiedenheiten über Zielsetzung und die Mittel einer solchen Politik herausgestellt. Jedoch hat man die großen Verdienste einer erheblichen Zahl ständiger Produktionsgruppierungen anerkannt. Es gibt zur Zeit keine realistischeren Mittel als die, um die sich diese Versammlung ständig bemüht, um den europäischen Ländern mit ihren begrenzten Hilfsquellen eine Beteiligung an der Entwicklung neuer Techniken und der Deckung der Kosten für die Entwicklung und die Produktion neuer Waffen zu ermöglichen.

Ein anderer Gedanke, der es verdient, vertieft zu werden, wurde ebenfalls vorgetragen: die Idee der **„europäischen Präferenz"**. Ich weiß, daß es dabei auch Verfechter des Einkaufens zu niedrigsten Preisen in den Vereinigten Staaten gibt; und diese von Sparsamkeit geleiteten Erwägungen begünstigen sicher nicht die – nicht nur von mir – nachdrücklich vertretenen europäischen Präferenzen. Wenn wir hier und auch während des Kolloquiums in Brüssel diese Position einnahmen und einnehmen, so nicht aus einem irgendwie gearteten antiamerikanischen Gefühl, sondern einfach aus dem Wunsch heraus, das Überleben der europäischen Rüstungsindustrie und damit Millionen von Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie und deren Zulieferbetrieben sicherzustellen. Aus stichhaltigen Sicherheitsgründen wünschen die Vereinigten Staaten begreiflicherweise in der Lage zu sein, möglichst alle ihre Rüstungen auf ihrem Territorium herzustellen. Wir unsererseits fordern unsere Länder auf, die Notwendigkeit zu berücksichtigen, in Europa eine gesunde industrielle Grundlage aufrechtzuerhalten, weil dies eine der Grundbedingungen für unsere Sicherheit darstellt. Man muß dann auch einsehen, daß der Rüstungsmarkt kein normaler, dem freien Wettbewerb ausgesetzter Markt ist, sondern daß der Einfluß der Regierungen auf das Gewicht der politischen Argumente dort ausschlaggebend sein muß, wo diese europäische Präferenz zu übergeordneten größeren Gesichtspunkten führt.

Ein solcher europäischer Vorzug würde nicht nur bedeuten, daß die an einem gemeinsamen Programm beteiligten Länder das so hergestellte Material auch kaufen, sondern daß Drittländer das Interesse berücksichtigen, das für Europa als Ganzes möglichst zahlreiche Käufe von dem in Europa hergestellten Material bringt, egal ob nun diese Waffen oder dieses Gerät von mehreren Staaten als Gemeinschaftsprojekt produziert werden oder ob nur ein Land der Hersteller ist. Im letztgenannten Fall kann die europäische Präferenz eine gewisse Form der Spezialisierung begünstigen, da sie gewissen Ländern ermöglicht, die Waffenfabrikation der eigenen Tradition entsprechend fortzusetzen und dafür als Gegenleistung in anderen europäischen Ländern hergestellte Waren zu kaufen.

Lassen Sie mich noch einen weiteren Gesichtspunkt hinzufügen. Wir wissen, daß die Sowjetunion lokale Konflikte mit dem Ziel ausnutzt, die Sicherheit des Westens aufzulockern. Die Zielrichtung geht dabei besonders auf Europa, um diesen am meisten exponierten Teil der Welt in seinen Grundfesten zu erschüttern. Es handelt sich um eine Art indirekte Strategie. Denn die Behinderung der Versorgung Europas mit Rohstoffen und insbesondere mit Energieträgern gefährdet sein Wachstum, schafft Arbeitslosigkeit und Inflation; dieser Prozeß untergräbt unsere Wirtschaftskraft, damit zwangsläufig auch unsere Sozialordnung und schließlich unsere Verteidigungsfähigkeit.

Als erster Importeur und Exporteur der Welt ist die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft einer solchen Gefährdung ganz besonders ausgesetzt. Die Vereinigten Staaten sind davon weniger betroffen, denn ihre nationalen Ressourcen sind ausgedehnter, ihre Versorgungsquellen sicherer und die Vorrangstellung des Dollars als Handels- und Reservedevise gewährleistet eine Importkapazität frei von den Sorgen, die unsere Länder mit jedem Defizit ihrer Handelsbilanz belasten. Auch Japan, die große Industriemacht Asiens, dessen Produkte schwer zu unterbieten sind und dessen Währung ständig an Wert gewinnt, scheint vor dieser indirekten Strategie geschützt zu sein. Europa dagegen ist besonders exponiert und liegt leider im Zentrum der Interessen

der anderen, der östlichen Seite. Was wir verlieren, **gewinnt sie. Was wir an Freiheit** einbüßen, führt zur Verbreitung und Festigung des Raums, in dem es Freiheit nicht mehr gibt. Mögen wir uns bei unseren Diskussionen von den Grundgedanken der Freiheit auch in Zukunft so wie in den vergangenen 25 Jahren leiten lassen.

Ein kräftiges Europa, das friedensbewahrend wirken kann, wird am besten auch zur Lösung der ungeheuren Aufgaben beitragen können, die in der Dritten Welt zu lösen sind. Ein Europa, das seiner Freiheit verlustig geht, wird auch nicht mehr in Freiheit anderen Ländern in ihrer Not helfen können.

Neben den Fragen der Freiheit und der Sicherheit, und im Grunde eng mit ihnen verbunden, gibt es ein Thema von absolut überragender Bedeutung, nämlich das der **Energie.** Es gibt viele Rezepte zur Lösung der vielschichtigen Energieprobleme. Viele sind von Träumern geschrieben, die meisten aber bitterernst. Aber leider werden viele unbequeme Vorschläge auf die Zukunft vertagt, in der Hoffnung, daß sich die Fragen schon irgendwie lösen werden. Das WIE überläßt man in seiner Antwort dem Herrgott. Vielfach fehlt es an Mut, das vorzuschlagen, was notwendig ist, und das als notwendig Erkannte durchzuführen.

Meine Damen und Herren, wir müssen eine gemeinsame Energiepolitik finden. Das wird fraglos bedeuten, daß die großen Mächte dazu angehalten werden, ihre Importe zu drosseln. Diese Politik muß auch dazu führen, daß neue Energiequellen genutzt werden können, daß neben Energiesparen und Entwicklung neuer Technologien unausweichlich die Entscheidung für die Kernenergie nicht mehr mit Rücksicht auf den Wähler, sondern mit Rücksicht auf das Notwendige getroffen wird. Alle demokratischen Parteien sind zu dieser säkularen Aufgabe aufgerufen.

Dazu gehört auch, daß in der westlichen Welt Solidarität gegenüber der für die europäische Sicherheit so wichtigen Region des Mittleren Ostens demonstriert wird. Durch die Geiselnahme von Mitgliedern der amerikanischen Botschaft in Teheran, durch die Brand- und Bombenanschläge gegen diplomatische Vertretungen in anderen islamischen Ländern haben unverantwortliche Agitatoren gegen das internationale Recht gehandelt und die einfachsten Regeln des internationalen Zusammenlebens mißachtet.

Im **Iran** herrscht die Unfreiheit. Was dort vor sich geht, ist eine Verhöhnung der Menschenrechte. Die Geiselnahme in der diplomatischen Vertretung der Vereinigten Staaten ist ein zynischer Angriff auf die Führungsmacht der freien Welt. Wir Europäer nehmen es als selbstverständlich hin, daß die Vereinigten Staaten uns beschützen. Das aber, was in der Welt vor sich geht, zwingt Europa doch wohl, auch darüber nachzudenken, ob es sich der politischen Mitverantwortung und der moralischen Unterstützung entziehen kann. Die Solidarität der freien Welt ist alleiniger Garant dafür, daß die Freiheit erhalten bleibt. Ich verteidige nicht das frühere Regime, das unstreitig schwere Fehler gemacht hat. Ich klage aber ein System an, das von der Rache lebt, die Menschenrechte mißachtet, zu denen wir uns einheitlich in diesem Hohen Hause bekennen. Wir klagen ein Regime an, das für die internationalen Notwendigkeiten und Gepflogenheiten keinerlei Verständnis aufbringt, das zum Ruin des eigenen Landes führen wird und damit das Gleichgewicht der Welt in ernsteste Gefahr bringen wird. Europa kann sich nicht damit begnügen, seine Mißbilligung zu bekunden. Es muß in der Lage sein, der amerikanischen Diplomatie Hilfestellung zu leisten in einer Situation, in der es sowohl um Festigkeit als auch um Scharfblick und um Voraussicht geht, um das Leben der Geiseln zu retten.

Die europäische Persönlichkeit und die westliche Solidarität auf allen Gebieten der Diplomatie, der Wirtschaft, des Handels oder des Geldwesens müssen eingesetzt werden. Nicht nur die Aufrechterhaltung unseres Lebensstandards und unserer Zivilisation stehen hier auf dem Spiel, sondern unser Überleben überhaupt.

Meine Damen und Herren, wenn man bedenkt, wie schwerwiegend diese Probleme sind, so können uns die derzeitigen Streitigkeiten unter Europäern über Hammelfleisch, Langusten oder finanzielle Beiträge des einen oder des anderen Partners nur seltsam anmuten. Das gleiche gilt für die Kontroverse über die jeweiligen Kompetenzen der Versammlung der Gemeinschaften und der der Westeuropäischen Union.

Die Mitglieder unserer Versammlung, die von den Mitgliedern der nationalen Parlamente delegiert werden, billigen die Kredite für die nationale Verteidigung. Sie sind also in der Lage, mit den Regierungen zu verhandeln, die die Vorrechte der nationalen Unabhängigkeit verteidigen. Wenn jedoch die Bewahrung dieser Zuständigkeiten auf militärischem Gebiet bedrohlichen Charakter anzunehmen anfängt, so muß sich unsere Versammlung doch zur dringenden Aufgabe machen, ihre Besorgnisse über die europäische Sicherheit mit all denjenigen zu teilen, die einen gewissen Einfluß auf die Geschicke unseres Kontinents haben.

Wir haben in dieser Versammlung oft betont, daß die Sicherheit alle Aspekte des Lebens eines Volkes einschließt. Der Stand der sozialen Lage, der Städtebau, der wirtschaftliche Wohlstand und das moralische Niveau haben ihre Auswirkungen auf unsere Verteidigungsfähigkeit. Es ist deshalb wünschenswert, daß unsere Anliegen auf diesen Gebieten bekannt werden und nicht nur die Regierungen die Entscheidungen treffen, sondern alle parlamentarischen Instanzen, die auf diesen Gebieten maßgebend sind, mitwirken.

Lassen Sie mich zum Schluß noch zwei Bemerkungen hinzufügen.

Zum einen: Über die oben geschilderten Verantwortlichkeiten hat es im Zusammenhang mit einer durch mich im Europäischen Parlament ausgelösten Debatte warnende Stimmen gegeben, daß nämlich dieses Haus für die Verteidigung und die Sicherheit zuständig ist und kein anderes. Ich glaube hinreichend deutlich gemacht zu haben, daß das auch meine Auffassung ist.

Zum anderen: Wir haben in diesem Hohen Haus erörtert, ob es nicht möglich ist, den Brüsseler Vertrag so auszulegen, daß die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union nicht alle auch Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sein müßten. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat ganz andere Aufgaben. Warum erwägt man eigentlich nicht, einige Mitglieder dieses Hohen Hauses aus der nationalen Quote der direkt gewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu entsenden? Sie sind genauso vom Volke gewählt wie Sie und ich. Dann würde man nämlich am besten gewährleisten, daß dieser parlamentarischen Versammlung ihre Aufgaben nicht bestritten werden. Die direkt gewählten europäischen Parlamentarier mit ihrem umfassenden politischen Interesse würden in Straßburg alles in ihrer Zuständigkeit Liegende behandeln, die wenigen aber, die hierher entsandt werden, in Paris die Aufgaben des revidierten Brüsseler Vertrages, für die Sie und ich hierher entsandt wurden, mit uns gemeinsam wahrnehmen. Warum sollte man nicht einmal darüber nachdenken, sine ira et studio?

Der Arbeit des Hauses wünsche ich für diese Sitzungsperiode einen guten Erfolg.

Tagesordnungspunkt:

Das Gleichgewicht der Kräfte

(Abstimmung über den geänderten Empfehlungsentwurf Drucksache 809)

Empfehlung 336

betr. das Gleichgewicht der Kräfte

Die Versammlung

ist sich bewußt, daß unterschiedliche politische Annahmen bei der Interpretation von Informationen zu sehr unterschiedlichen Einschätzungen gegnerischer Fähigkeiten und des Gleichgewichts der Kräfte führen können;

ist der Auffassung, daß das wirtschaftliche und militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West insgesamt zugunsten des Westens ausfällt, daß aber die Überlegenheit des Warschauer Pakts in verschiedenen Bereichen an der Zentralfront in Verbindung mit der sowjetischen Militärdoktrin der „kühnen Vorstöße" gegen die Streitkräfte der NATO von den NATO-Ländern als substantielle Bedrohung aufgefaßt werden kann;

bedauert den langsamen Fortschritt der MBFR-Verhandlungen und daß es bisher nicht möglich war, die Unterschiede zwischen den divergierenden Schätzungen der gegenwärtigen Streitkräftestärken zu klären, vermerkt aber mit Genugtuung einige Fortschritte in Richtung auf ein Abkommen über die Konzeptionen der Parität und der gemeinsamen kollektiven Plafonds;

vertritt die Ansicht, daß Europas Sicherheit nur auf einem nahezu ausgewogenen Gleichgewicht der Kräfte in diesem Raum basieren kann und daß die Sicherheit, wenn ein Gleichgewicht erst einmal erreicht ist, dadurch verstärkt werden kann, daß die kollektiven Plafonds auf beiden Seiten herabgesetzt und begleitende Maßnahmen ergriffen werden, um das Vertrauen durch verbesserte Warn- und Verifizierungssysteme zu erhöhen;

EMPFIEHLT DEM RAT,

die Regierungen der Mitgliedstaaten eindringlich aufzufordern:

1. sowohl sowjetische als auch westliche Vorstellungen über Zielsetzungen, militärische Fähigkeiten und daraus resultierende Bedrohungen zu berücksichtigen und die vom schlimmsten Fall ausgehenden (worst case) Analysen als einzige Bewertungsgrundlage zurückzuweisen;
2. demzufolge die Pläne zur Verbesserung der alliierten Verteidigung auf die Erhaltung der militärischen Fähigkeiten zu konzentrieren, die für eine glaubwürdige Abschreckung erforderlich sind;
3. die MBFR-Verhandlungen mit Nachdruck zu betreiben und den gegenseitigen Austausch detaillierterer Informationen zu fördern, um ein Abkommen zu sichern über:
   - (i) die Bewertung der gegenwärtigen Streitkräftestärken im MBFR-Raum;
   - (ii) erste Reduktionen, die insbesondere Ungleichgewichte abbauen sollen;
   - (iii) die Einführung begleitender Maßnahmen, um die gegenseitige Sicherheit durch die Schaffung besserer Warn- und Verifikationssysteme zu stabilisieren;
4. zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, frühzeitig Verhandlungen zwischen allen mit der europäischen Sicherheit befaßten Staaten einzuleiten, um die konventionellen Waffen zu verringern und vertrauensbildende Maßnahmen für den gesamten europäischen Kontinent einzuführen.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Staatsministers im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher

Frau Dr. Hamm-Brücher (Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland): – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor 40 Jahren löste der Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen den zweiten Weltkrieg aus, der Europa – und nicht nur Europa – verwüstete und unendliches Leid über die Völker brachte. In der Bestrebung, die Zerstörungen des Krieges zu überwinden und alle Voraussetzungen dafür zu schaf-

fen, daß sich eine solche Katastrophe nicht mehr wiederholen kann, entstanden vor nunmehr 20, vor 25 und vor 30 Jahren die großen Vertrags- und Bündniswerke und gemeinsamen Einrichtungen, deren Jahrestag wir in diesem Jahr feiern und zu denen auch die Westeuropäische Union gehört. Am 23. Oktober dieses Jahres gedachte der Ständige Rat des 25jährigen Bestehens des Brüsseler Vertragswerkes, das der Bundesrepublik Deutschland den Weg zur Mitwirkung an der gemeinsamen Verteidigungsaufgabe ebnete und ein gutes halbes Jahr später den Beitritt zur Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft ermöglichte.

Herr Präsident, ein Vierteljahrhundert später sehen wir uns einer weltweiten Krise des wirtschaftlichen Wachstums und der Entwicklung, den Krisen im Nahen und Mittleren Osten, im südlichen Afrika und Südostasien gegenüber. Wir müssen ein Anwachsen von Gewalt und Terror und das erschütternde Elend von hungernden und auf der Flucht befindlichen Menschen miterleben.

Demgegenüber hat das Bemühen, den Ost-West-Konflikt, der in den ersten beiden Jahrzehnten nach Ende des zweiten Weltkrieges die Weltpolitik überschattete, in die Bahnen eines friedlichen und kontrollierten Konkurrenzverhältnisses von Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung zu lenken, Erfolge erzielt. Dieser auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Politik der Entspannung kommt im Zeichen der erwähnten Weltkrisen eine besondere Bedeutung als Stabilitätsfaktor zu. Die Aufgaben, die uns Bündnis- und Entspannungspolitik stellen, können wir im Herzen Europas nur gemeinsam mit unseren Verbündeten und Partnern in der Europäischen Gemeinschaft und in der Atlantischen Allianz erfüllen.

Herr Präsident, während die Phase des Kalten Krieges durch eine Konfrontation ohne Dialog gekennzeichnet war, ist heute das Gespräch zwischen Ost und West ein fester Bestandteil des außenpolitischen Geschäfts geworden. Jeder Dialog schließt definitionsgemäß gegensätzliche Positionen ein. Gerade unserem liberalen westlichen Verständnis entspricht es aber, hierin eine Aufforderung zu seiner Intensivierung zu sehen. Eine vernünftige Alternative zum Entspannungsdialog gibt es jedenfalls nicht.

Entspannungspolitik findet unter den spezifischen Bedingungen des Ost-West-Verhältnisses statt. Hierzu zählen die Gegensätze von staatlichen Wertvorstellungen, die grundsätzliche Verschiedenheit der politischen und gesellschaftlichen Systeme sowie politische Interessenunterschiede, die vor dem Hintergrund der vorhandenen Macht- und Militärpotentiale zu sehen sind.

Es wäre Illusion, zu glauben, diese Situation kurzfristig ändern zu können.

Solange diese Gegensätze fortbestehen, bleibt der Entspannungsdialog an eine wichtige Voraussetzung geknüpft: nämlich den Fortbestand gleicher militärischer Sicherheit für beide Seiten. Entfällt diese Voraussetzung, besteht die Gefahr einer Wechselwirkung: Wo ein Ungleichgewicht der militärischen Potentiale eine instabile Lage schafft, wird ein geschärftes Bewußtsein besonderer Bedrohung entstehen. Die Bewältigung gemeinsamer politischer Aufgaben ist behindert und die Kooperationsbereitschaft blockiert. Diese Gefahr kann durch Verhandlungen über eine Stabilisierung gleicher militärischer Sicherheit auf, wie wir es wünschen, langfristig niedrigerem Niveau verhindert werden. Ich werde, Herr Präsident, darauf noch im Zusammenhang mit der aktuellen Frage des Mittelstreckenpotentials der UdSSR zurückkommen.

Die Qualität der bisherigen Entspannungspolitik wird sich nicht zuletzt daran zeigen, in welchem Maße es gelingt, aus dem zu schaffenden Vertrauen Nutzen für die Rüstungskontrollpolitik zu ziehen. Die Vertrauensbildung ist auf dem Gebiet der militärischen Sicherheit besonders wichtig.

In den vertrauensbildenden Maßnahmen der KSZE-Schlußakte sieht die Bundesregierung eine außerordentlich wichtige Verwirklichung dieser Forderung. Konkrete Vorschläge zur Erweiterung und Vertiefung der vertrauensbildenden Maßnahmen liegen auf dem Tisch. Das Madrider Folgetreffen 1980 bietet die Chance, die Arbeit an der Vertrauensbildung fortzusetzen, sowohl in praktischen einzelnen Maßnahmen als auch in der Intensivierung des allgemeinen Ost-West-Dialogs. Der französische Vorschlag einer Konferenz über Abrüstung in Europa kann auf diesem Gebiet besonders viel zum Fortschritt beitragen, insbesondere in Richtung auf eine Erweiterung des Anwendungsbereichs der vertrauensbildenden Maßnahmen auf ganz Europa.

Die Bundesregierung mißt der deutsch-sowjetischen Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anläßlich des Besuchs von Generalsekretär Breschnew größte Bedeutung zu. Beide Seiten betrachten es hierin als wichtig, daß niemand militärische Überlegenheit anstrebt und daß annähernde Gleichheit und Parität zur Gewährleistung der eigenen Verteidigung ausreichen. Gleichzeitig sollte die Vereinbarung weiterer Schritte auf dem Gebiet der Abrüstung und Rüstungskontrolle beschleunigt werden, damit der Prozeß der Entspannung durch die Entwicklung im militärischen Bereich nicht beeinträchtigt wird. Der jüngste Besuch von Außenminister Gromykow in Bonn gab beiden Seiten Gelegenheit, die Grundsätze dieser deutsch-sowjetischen Erklärung von 1978 noch einmal zu bestätigen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat Entspannungspolitik von Anfang an als Politik für den Menschen aufgefaßt. Der Ost-West-Dialog darf sich nicht auf ein zwischenstaatliches Krisenmanagement beschränken, sondern muß sich in praktischen Verbesserungen für die einzelnen Menschen auswirken. Der Moskauer und der Warschauer Vertrag sowie die Verträge zwischen beiden deutschen Staaten haben zu einer Entwicklung beigetragen, die Europa ein Stück offener gemacht hat. Auch die KSZE-Schlußakte von Helsinki ist ein Meilenstein in dieser Entwicklung. Nicht nur durch Familienzusammenführungen und Reisen, ebenso durch den wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Austausch kommen sich die Bürger West- und Osteuropas wie-

der näher. Dies ist die greifbare Substanz der Entspannungspolitik, und wir Deutschen, meine Damen und Herren, haben hieran ein besonderes Interesse.

Die Entspannungspolitik konnte für die Länder des Westens nur erfolgreich gestaltet werden, weil sie ihre Positionen gemeinsam entwickelten und sich in jeder Phase eng miteinander abstimmten. Die politische Konsultationsarbeit der NATO hat neue Impulse bekommen. Die Europäische Politische Zusammenarbeit hat sich an der KSZE entwickelt. Noch heute ist die Konsultation der weiteren Schritte des KSZE-Prozesses eine ihrer aktivsten Komponenten.

Das **Verhältnis der beiden Staaten in Deutschland zueinander** übt einen wesentlichen Einfluß auf die gesamte Entspannung in Europa aus. Ohne Fortschritte in den innerdeutschen Beziehungen auf der Basis des Grundlagenvertrages vom 21. Dezember 1972 ist eine Vertiefung des Entspannungsprozesses in Europa schwer vorstellbar. Wer Entspannung und Zusammenarbeit in Europa will, muß auch Entspannung und Zusammenarbeit zwischen den zwei Staaten in Deutschland wollen. Beide deutschen Staaten tragen hier eine ganz besondere Verantwortung.

Wir sind befriedigt, daß sich nach der Abkühlung der Beziehungen, die durch die DDR-Maßnahmen der ersten Jahreshälfte gegen die Korrespondenten aus anderen Ländern und die verstärkte Pönalisierung der Kontakte von DDR-Bürgern mit der westlichen Welt ausgelöst wurde, jetzt wieder eine positivere Tendenz abzeichnet. Es wird jedoch noch großer Anstrengungen bedürfen, bis das Ziel der gutnachbarlichen Beziehungen des Grundlagenvertrages im Interesse der Menschen in Deutschland erreicht sein wird.

Es ist das Ziel der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann.

Herr Präsident, ich kann nicht über Entspannung sprechen, ohne **Berlin** zu erwähnen. Wir können heute mit Genugtuung feststellen, daß die Lage in und um Berlin im ganzen stabil ist. Ein störungsfreies Klima in Berlin ist ein wesentliches Element der Entspannung, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und zugleich eine Grundlage für die Lebensfähigkeit dieser Stadt. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, daß die Staatsoberhäupter der drei westlichen Mächte durch ihre Besuche in Berlin ein Bekenntnis zu dieser Stadt abgelegt und dazu beigetragen haben, dieser Stadt verbesserte Zukunftsperspektiven zu geben.

Das Viermächteabkommen vom 3. September 1971 hat die Berlin-Frage selbst nicht gelöst. Alle Versuche der Sowjetunion und der DDR, politische Positionen, die die sowjetische Seite im Viermächteabkommen nicht durchsetzen konnte, durch eine restriktive Auslegung oder eine Propagierung falscher Versionen des Abkommens durchzusetzen, sind an der festen Haltung der Drei Mächte und der Bundesrepublik Deutschland gescheitert. Ich darf in diesem Zusammenhang insbesondere an die Londoner Erklärung der vier Staats- bzw. Regierungschefs vom 9. Mai 1977 und an die Tokio-Erklärung der vier Außenminister vom 29. Juni dieses Jahres erinnern. Darin haben die Drei Mächte nochmals bekräftigt, daß sie auch in Zukunft jeden Versuch zurückweisen werden, die Rechte und Verantwortlichkeiten in Frage zu stellen, die Frankreich, die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und die Sowjetunion in bezug auf Deutschland als Ganzes und alle vier Sektoren Berlins unverändert innehaben.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nun auf ein Thema von großer Aktualität eingehen. Wir alle erleben in diesen Tagen eine mit Vehemenz geführte Diskussion über die **sowjetische Raketenrüstung in Europa** und über die westliche Antwort auf diese Rüstung. Hier stellt sich nun an der Schwelle zu den 80er Jahren – neben den vielen anderen Ungewißheiten über das kommende Jahrzehnt – die Frage nach der zukünftigen Stabilität unserer Sicherheit. Für die Bundesrepublik Deutschland wie für ihre Verbündeten steht die Grundlage ihrer Sicherheit außer Zweifel: Die Atlantische Allianz ist und bleibt das solide Fundament unserer Sicherheit. Das auf einer festen Interessen- und Wertgemeinschaft ruhende Bündnis hat seine Vitalität, Anpassungsfähigkeit und Kraft zur Friedenssicherung in den 30 Jahren seiner Existenz immer wieder eindrucksvoll bewiesen. Diese Erfahrung berechtigt uns zu der Zuversicht, daß das Bündnis auch angesichts neuer Herausforderungen und in einer sich wandelnden strategischen Umwelt die Sicherheit seiner Mitglieder unvermindert gewährleisten wird.

Das Zusammentreffen von zwei Entwicklungen stellt die Allianz vor eine neue strategische Ausgangslage. Durch Indienststellung einer neuen Waffengeneration baut die Sowjetunion ihr Übergewicht bei den kontinentalstrategischen Waffen in jüngster Zeit quantitativ und vor allem qualitativ weiter aus. Gleichzeitig hat sie mit den USA bei den interkontinentalstrategischen Streitkräften gleichgezogen. Die auf dieser zentralen strategischen Ebene zwischen den beiden nuklearen Führungsmächten erreichte Parität soll durch SALT II stabilisiert werden. Wir sehen in dem von Präsident Carter und Generalsekretär Breschnew am 18. Juni in Wien unterzeichneten SALT II-Vertrag einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Schaffung eines stabileren globalen Kräftegleichgewichts zwischen Ost und West.

Gleichgewicht ist das entscheidende Prinzip, von dem alle unsere Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung ausgehen sollten. Unser Interesse am Gleichgewicht in Europa, das von globaler Stabilität und globalem Gleichgewicht nicht zu trennen ist, erklärt das Eintreten der Bundesregierung für SALT II. Der Fortgang des SALT-Prozesses ist in sich selbst ein stabilisierendes Element. SALT II hat darüber hinaus nicht nur Grenzen für die weitere nukleare Rüstung der Großmächte gezogen, sondern eine vertragliche Bestätigung und Konkretisierung der rüstungskontrollpolitischen Prinzipien der Gleichheit und Parität erbracht, die für die Zukunft von großer Bedeutung sein wird.

Herr Präsident, die Bundesrepublik Deutschland begrüßt die amerikanische Bereitschaft, die SALT-Konsultationen im Bündnis weiter zu intensivieren. Sie sieht in der Erarbeitung eines rüstungskontrollpolitischen Vorschlags durch die Special Group für die Dezember-Entscheidung der Allianz einen wichtigen Schritt in der Entwicklung einer Bündnisposition. Durch die Kodifizierung eines Zustandes der Gleichheit und Parität auf der Ebene der interkontinentalstrategischen Systeme werden jedoch Disparitäten auf darunterliegenden Ebenen akzentuiert. Nunmehr besteht die Gefahr, daß aus Entwicklungen, die auf nicht von SALT II geregelten Gebieten stattfinden, Instabilitäten resultieren, die ihrerseits das Gesamtgleichgewicht destabilisieren. Ich denke dabei vor allem an den die Allianz in Europa bedrohenden Aufwuchs modernster sowjetischer Mittelstreckenpotentiale, denen die Allianz nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hat. Diese Potentiale stellen das Bündnis vor eine sicherheitspolitische Aufgabe ersten Ranges.

Die Bundesregierung begrüßt es daher, daß es entsprechend der zweifachen Zielsetzung des Bündnisses, Verteidigungsfähigkeit und Entspannungsbereitschaft zu zeigen, durch die Einsetzung der High-Level-Group und der Special Group gelungen ist, in intensiven Beratungen Vorschläge zu erarbeiten, welche die Grundlage der bevorstehenden Entscheidungen des Bündnisses am 12. Dezember bilden werden.

Bei der gründlichen Prüfung des auf dem Gebiet der Mittelstreckenwaffen notwendigen Nachrüstungsbedarfs der NATO hat sich auch die Bundesregierung vom Grundsatz der Erhaltung der Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit leiten lassen. Es geht also nicht darum, daß die NATO anstrebt, genauso viele Mittelstreckensysteme wie die Sowjetunion zu besitzen. Das Ziel der geplanten Modernisierung des NATO-Potentials ist vielmehr, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die NATO sich auch in Zukunft auf ihre Strategie der Flexiblen Reaktion stützen kann. Diese Strategie wird jedoch nur glaubhaft bleiben, wenn die Atlantische Allianz zur vorbedachten und kontrollierten Eskalation als Reaktion auf einen Angriff des Warschauer Pakts und damit zu dessen Abschreckung fähig bleibt. Bei einem weiteren Ausbau der sowjetischen nuklearen Mittelstreckenüberlegenheit könnte die Sowjetunion verleitet werden zu glauben, sie könne begrenzte Angriffe gegen NATO-Europa androhen oder gar durchführen. Um das Entstehen eines derartigen einseitigen Drohpotentials der Sowjetunion zu verhindern, wird die NATO ihr Mittelstreckenpotential modernisieren müssen, um somit zu verhindern, daß eine Lücke im Spektrum ihrer Eskalations- und Abschreckungsfähigkeit entsteht. Bundesaußenminister Genscher brachte das Problem auf die zutreffende Formel – ich zitiere –:

> Nicht die Nachrüstung des Westens, sondern die Vorrüstung des Ostens ist das Problem.

Herr Präsident, zusammen mit unseren Verbündeten betrachten wir die Rüstungskontrolle als integralen Teil der Anstrengungen des Bündnisses, um die unverminderte Sicherheit seiner Mitglieder sicherzustellen und um die strategische Lage zwischen Ost und West stabiler, vorausschaubarer und kontrollierbarer zu machen. Es besteht Einvernehmen, daß in künftigen SALT-Verhandlungen vorrangig Begrenzungen für landgestützte sowjetische und amerikanische Mittelstreckensysteme im Einklang mit dem Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit vereinbart werden sollten. Ob und wie weit das zu erreichen sein wird, wird die Fortsetzung des SALT-Prozesses zeigen. Es wäre jedoch verfehlt, jetzt die notwendigen Entscheidungen im Verteidigungsbereich, ohne die auch unser Rüstungskontrollvorschlag unglaubwürdig würde, zurückzustellen. Dabei ist es selbstverständlich, daß zwischen den verteidigungspolitischen und den rüstungskontrollpolitischen Entscheidungen und Entwicklungen enge Wechselbeziehungen bestehen. Zum Verhältnis beider Bereiche sagte Bundeskanzler Schmidt am 4. Juli 1979 vor dem Deutschen Bundestag – ich zitiere –:

> Konkrete Maßnahmen zur Nachrüstung als Reaktion auf die seit Jahren anhaltende Rüstung im Warschauer Pakt können umso begrenzter gehalten werden, wie es gelingt, eine wirkungsvolle Begrenzung der kontinental-strategischen Systeme in Ost und West in Rüstungskontrollverhandlungen, z. B. in SALT III, zu erreichen.

Die von Generalsekretär Breschnew mehrfach unterstrichene Bereitschaft der Sowjetunion, in SALT III auch über Mittelstreckensysteme verhandeln zu wollen, wird von der Bundesregierung begrüßt. Sie ist der Auffassung, daß es nunmehr darauf ankommt, den von beiden Seiten unterstrichenen politischen Willen, auf rüstungskontrollpolitischem Wege zu einem stabileren Gleichgewicht zu gelangen, in die Tat umzusetzen. Die Allianz ist bereit, die sowjetische Seite beim Wort zu nehmen, sich bei den bevorstehenden Verhandlungen von dem Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit leiten zu lassen.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte heute die Ehre, zum viertenmal vor diesem Hohen Hause über außenpolitische Fragen aus deutscher Sicht zu sprechen. Ich möchte dies zum Anlaß nehmen, noch einmal zu unterstreichen, wie sehr meine Regierung die Tätigkeit dieser Versammlung, insbesondere aber auch den hier stattfindenden Dialog zwischen den Regierungen und den Parlamentariern der Mitgliedstaaten der WEU schätzt und ihn für notwendig hält. Sie sind Ausdruck der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen dem Rat und diesem Hohen Hause.

Dr. Müller (CDU/CSU): Frau Staatsminister, im Zusammenhang mit der Debatte um die Nachrüstung innerhalb der NATO und das Raketengleichgewicht in Europa hat die Sowjetunion vor kurzem auf den **finnisch-sowjetischen Beistandspakt vom April 1948** hingewiesen und sich dabei darauf berufen, daß die in diesem Beistandspakt enthaltene Klausel „wenn die Sicherheit der Sowjetunion gefährdet würde", die es erlaubt, mit Finnland gemeinsame Verteidigungsanstrengungen zu unternehmen, angewandt werden könnte. Wie beurteilen Sie diese Äußerung der Sowjetunion im Zusammenhang mit der aktuellen Debatte?

Frau Dr. Hamm-Brücher (Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland): Auf die Frage des Herrn Abgeordneten Müller bezüglich des sowjetisch-finnischen Beistandspaktes vermag ich im Augenblick keine offizielle Antwort zu geben, da mir nicht bekannt ist, daß die Bundesregierung hierzu irgendeine besondere Stellung bezogen hätte. Ich werde Ihnen die Antwort aber gern schriftlich zustellen lassen.

Tagesordnungspunkt:

Die politischen Voraussetzungen für eine europäische Zusammenarbeit in Rüstungsfragen

(Drucksache 819)

Berichterstatter: Abg. van Waterschoot

Frau von Bothmer (SPD): Herr Vorsitzender! Liebe Kollegen! Im Namen des Ausschusses möchte ich noch einmal kurz erwähnen, daß wir sehr zufrieden waren, daß die Versammlung eine Arbeitsgruppe für das **Brüsseler Symposion** geplant hat, die sich vor allem mit den politischen Implikationen des Themas des Brüsseler Symposions zu befassen hatte. Es wurde uns dabei sehr deutlich, daß dies auf keinen Fall ausgelassen werden darf: Der Eifer, Rüstungsgüter herzustellen und Rüstung zu betreiben, ist das eine, dies aber in den politischen Zusammenhang Europas zu bringen und zu belegen, daß es unseren Staaten und Völkern keinen Schaden bringt, ist etwas anderes.

Wir hatten die Gesetzgebung zu betrachten – Sie finden dies ja in unseren Empfehlungen wieder –, und wir hatten die Informationspolitik, die damit einhergehen muß, zu betrachten. Es erschien uns überaus wichtig, daß – dies hat der Berichterstatter auch in die Empfehlungen mit hineingebracht –, die Information wirklich weitergeleitet wird, daß es eine Stelle gibt, an der sich Praktiker, die mit dieser Angelegenheit beschäftigt sind, Informationen holen können. Zweck des Ganzen ist es, das Durcheinander, das leider trotz aller Beschwörungen immer noch besteht, zu beseitigen, und zwar in der Absicht, einen vernünftigen gemeinsamen Nenner zu finden.

Dies im Rahmen von sozialen, wirtschaftlichen, juristischen und menschlichen Forderungen zu bewerkstelligen, scheint mir die Quintessenz dessen zu sein, was wir, liebe Kollegen, Ihnen vorzulegen versucht haben.

Empfehlung 337

betr. die politischen Voraussetzungen für eine europäische Zusammenarbeit im Rüstungsbereich

Die Versammlung

vermerkt mit Interesse die Arbeiten des Symposiums über eine europäische Rüstungspolitik, das vom 15. bis 17. Oktober 1979 in Brüssel stattfand;

stellt fest, daß die meisten der befragten Sachverständigen die Ansicht vertreten, daß in Zukunft nur ein pragmatisches Vorgehen Fortschritte in der europäischen Zusammenarbeit im Rüstungsbereich erbringen kann;

ist jedoch überzeugt, daß Europa eine zunehmende Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernehmen muß, insbesondere soweit es um konventionelle Waffen geht;

vertritt die Ansicht, daß die Rüstungsproduktion in den verschiedenen Mitgliedsländern ein breites Spektrum ungleicher Interessen ins Spiel bringt;

dankt dem Rat, daß er den Leiter des Internationalen Sekretariats des Ständigen Rüstungsausschusses (SAC) ermächtigt hat, der Versammlung die Schlußfolgerungen über die rechtlichen Hindernisse für die Zusammenarbeit zu unterbreiten, die das Ergebnis einer Untersuchung bildeten, die der Ständige Rüstungsausschuß in Übereinstimmung mit einem häufig geäußerten Wunsch der Versammlung durchführte;

verweist auf ihre Empfehlung 335;

weist die Behauptungen in Absatz 4 der Antwort des Rates auf die Empfehlung 331 und in den entsprechenden Absätzen der Antworten auf die Empfehlungen 325 und 330 zurück;

erinnert daran, daß die Versammlung der WEU, wie vom Rat ausdrücklich anerkannt wird, die einzige für Verteidigungsfragen zuständige europäische Versammlung ist;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um die Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedern im Hinblick auf die Rüstungsproduktion zu fördern;
2. unter anderem auf der Grundlage der Arbeiten des Ständigen Rüstungsausschusses zu untersuchen, mit welchen Mitteln es möglich wäre, in Westeuropa unter Berücksichtigung der spezifischen Kompetenzen jeder Institution folgendes einzurichten:
   a) eine Organisation, die für das Sammeln und die Verbreitung aller notwendigen Informationen über Angebot und Nachfrage im Rüstungsbereich in Europa zuständig ist;
   b) ein Gremium, das für die Analyse der Auswahl von Rüstungsprogrammen und ihrer gesamten finanziellen, technischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen zuständig ist;
   c) eine angemessene Zollgesetzgebung im Bereich des Waffentransfers zwischen den westeuropäischen Staaten;
   d) eine angemessene Gesetzgebung für die waffenherstellenden transnationalen Gesellschaften;
   e) eine Gesetzgebung, die den Technologieaustausch zwischen den europäischen Industrien fördern soll;

f) eine Gesetzgebung und ein wirksames Vorgehen gegen die illegale Waffenherstellung und den illegalen Waffenhandel;

3. alle Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit zu ermutigen, indem sie alle erforderlichen Informationen zur Erleichterung dieser Arbeit übermitteln;

4. die in Absatz 4 seiner Antworten auf die Empfehlungen 325 und 331 zum Ausdruck gebrachten Positionen erneut zu überprüfen und zu erläutern und die Versammlung über die Entwicklung der Arbeiten der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe zu unterrichten, wozu er sich in seiner Antwort auf die Empfehlung 298 verpflichtet hat.

Tagesordnungspunkt:

Die Definierung der Rüstungserfordernisse und der Rüstungsbeschaffung in Westeuropa

(Drucksache 821)

Berichterstatter: Abg. Meintz

Empfehlung 338

betr. die Definierung der Rüstungserfordernisse und der Rüstungsbeschaffung in Westeuropa

Die Versammlung

unterstreicht die wichtige Rolle, die sie dadurch spielen kann, daß sie auf europäischer Ebene die parlamentarische Überwachung der kollektiven Verteidigungsvorkehrungen des Bündnisses sicherstellt;

verweist auf die Berichte des jüngsten Symposiums über eine europäische Rüstungspolitik und insbesondere seiner Arbeitsgruppe I,

übermittelt ihren Dank allen Verfassern von Arbeitsunterlagen und den Berichterstattern, die zu dem Erfolg des Symposiums beitrugen,

EMPFIEHLT DEM RAT,

die Mitgliedsregierungen eindringlich aufzufordern:

1. mit ihren Rüstungsbeschaffungspolitiken durch die Schaffung ständiger internationaler Konsortien in Europa, die möglicherweise zur Bildung völlig europäischer Gesellschaften für die Herstellung hochentwickelter Verteidigungsausrüstung führen, die Umstrukturierung der europäischen Rüstungsindustrie zu fördern;

2. a) eine europäische Präferenzpolitik für bi- oder multilaterale europäische Verteidigungsausrüstungsprojekte zu fördern, die von der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe ordnungsgemäß geprüft worden sind;

   b) die Schaffung eines bündnisweiten Marktes für Verteidigungsausrüstung zu fördern, um die Abhängigkeit von Ausfuhren in Drittländer verringern zu können;

3. a) die Verteidigungsausschüsse in ihren nationalen Parlamenten über die künftigen nationalen und alliierten Erfordernisse und Projekte im Bereich der Verteidigungsausrüstung, insbesondere durch deren Unterrichtung über die Zeitpläne für den Ausrüstungsersatz, die vom Ersten Ausschuß (Panel I) der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe vorbereitet und von der Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren vervollständigt werden, uneingeschränkt auf dem laufenden zu halten;

   b) den Vorsitzenden von Panel I zu ersuchen, diese Zeitpläne dem Ausschuß für Verteidigungs- und Rüstungsfragen der WEU-Versammlung zu übermitteln.

Tagesordnungspunkt:

Die industriellen Grundlagen der europäischen Sicherheit

(Drucksache 823)

Berichterstatter: Abg. Valleix und Onslow

Empfehlung 339

betr. die industriellen Grundlagen der europäischen Sicherheit

Die Versammlung

vertritt die Ansicht, daß allein die Regierungen den für eine gemeinsame europäische Rüstungsproduktion und -beschaffung erforderlichen Impuls geben können;

bedauert, daß es Mitte der sechziger und siebziger Jahre nicht gelungen ist, eine Einigung über eine gemeinsame Konzeption für einen europäischen Kampfpanzer zu erzielen;

ist sich der Gefahr bewußt, daß die europäischen Nationen aus Gründen der Glaubwürdigkeit der Verteidigung gezwungen sein könnten, ein verfügbares amerikanisches Flugzeug, wie z. B. den Northrop F–18L, zu kaufen, wenn die Diskussionen über das künftige Kampfflugzeug sich zu sehr in die Länge ziehen;

verweist auf die ernste Krise in den europäischen Schiffsbauindustrien und die sich daraus möglicherweise ergebenden technologischen Rückschritte;

begrüßt die Errungenschaften der bestehenden Zusammenarbeit in der Raketenherstellung;

ist sich bewußt, daß die europäische Industrie im Bereich der Teleinformatik – Telekommunikation, Computer, hochentwickelte Bauteile und Datenbanken – von den Amerikanern und Japanern weit überflügelt wird;

verweist darauf, daß die WEU die einzige europäische Organisation ist, die für Verteidigungs- und Rüstungsfragen zuständig ist;

EMPFIEHLT DEM RAT,

die Regierungen der Mitgliedstaaten zu ersuchen:

1. einen ständigen Dialog zwischen ihren Oberbefehlshabern, nachgeordneten Befehlshabern, Rüstungsdirektoren und Industriellen in dem geeignetsten Rahmen und in Verbindung mit der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe in dem Maße zu fördern, wie dies mit dem Atlantischen Bündnis vereinbar ist;
2. schon jetzt Diskussionen über den Kampfpanzer der neunziger Jahre einzuleiten;
3. die Erörterungen über den Nachfolger des französisch-britischen Jaguar und des Phantom F-4F der Luftwaffe der Bundesrepublik Deutschland und der neuen Version des britischen Harrier für die neunziger Jahre unverzüglich zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen;
4. die Kapazität Europas im Bereich des Kriegsschiffsbaus aufrechtzuerhalten, eine Einigung über die Herstellung austauschbarer Bauteile zu erzielen und die Containerisierung zu fördern;
5. die europäische Zusammenarbeit in der Raketenherstellung fortzusetzen und eine Spezialisierung zu fördern, indem sie mehrere Versionen desselben Raketentyps in Auftrag geben;
6. eine verstärkte Standardisierung der Ausrüstung im Bereich der Telekommunikation zu fördern und ein gemeinsames integriertes Digitalsystem für die zu entwickelnden neuen Techniken der Befehlsübermittlung zu schaffen;
7. die Forschung und Entwicklung in solchen Bereichen der Spitzentechnologie, wie z. B. integrierte Schaltkreise, Mikroprozessoren, Radarsysteme, Laser und Infrarotsensoren für Waffensysteme, festzusetzen;
8. die Zusammenarbeit ihrer Länder zu unterstützen, indem sie die bestehenden Strukturen insbesondere in Form von ständigen europäischen Konsortien beibehalten und, wo immer möglich, neue Konsortien einrichten.

Dienstag, 4. Dezember 1979

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des französischen Staatsministers im Außenministerium, Pierre Bernard-Reymond

Tagesordnungspunkt:

Die Auswirkungen der sich ändernden Lage im Nahen und Mittleren Osten auf die Sicherheit Westeuropas

(Drucksache 820)

Berichterstatter: Abg. Sir Frederic Bennett

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Sir Frederic Bennett hat in einem umfassenden Überblick die Situation im Nahen und Mittleren Osten dargestellt. Es wäre sehr reizvoll, alle Probleme, die er erwähnt hat, hier anzusprechen. Das ist aber in der Kürze der Zeit gar nicht möglich, so daß ich mich auf ein paar wesentliche Punkte beschränken und dabei etwa die Israel-Frage, die Frage der Palästinenser und der speziellen Probleme in diesem Raum auslassen möchte.

Wenn man den Nahen Osten betrachtet, könnte man immer an ein Faß denken. Ich denke dabei – obwohl dies bei uns eigentlich naheläge – aber weniger an ein Faß voll Öl, sondern eher an ein Faß voll Pulver, das sehr leicht explodieren kann, weil im Raum des Nahen und Mittleren Ostens seit Jahrhunderten strategische Interessen aufeinandergestoßen sind und weil durch die Entwicklung in diesem Raum die Spannungen gewachsen und nicht etwa geringer geworden sind.

Sir Frederic Bennett zeigt dies sehr deutlich am Beispiel Afghanistans oder auch am Beispiel des **Iran.** Die strategischen Interessen, die etwa im Bereich Afghanistans zwischen Rußland und Großbritannien aufeinandergestoßen sind, haben über Jahrhunderte – so kann man fast sagen –, zumindest aber über Jahrzehnte hinweg zu einer Lösung dergestalt geführt, daß Afghanistan seit 1826 als eine Art Pufferstaat zwischen diesen beiden Interessen gestanden hat. Ähnlich war die Situation im Iran. Es ist ganz interessant, daß in einer schwierigen Zeit während des Zweiten Weltkrieges durch eine gemeinsame Intervention von Nord und Süd, von seiten der Sowjetunion, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten die Lösung eines iranischen Problems – dies war im Jahre 1941 – ermöglicht wurde. Es war nicht ganz einfach, diese Zwischenlösung wieder rückgängig zu machen, da man ja weiß, daß die Sowjetunion im Norden des Iran sogar eine eigene Volksrepublik Aserbeidschan errichtet hatte. Es ist dies eigentlich das einzige Beispiel in der Geschichte dafür, daß von der Sowjetunion eine von ihr errichtete Volksrepublik, ein marxistisch-leninistischer Staat unter dem Zwang der Verhältnisse nach 1946 wieder aufgegeben wurde.

Die Situation in diesem Raum wurde deswegen in den letzten zwei Jahrzehnten so explosiv, weil sich in diesem Raum auch eine Revolution auf kulturellem Gebiet abzeichnete. Hier muß man die Frage stellen, ob der Reichtum, den Länder wie der Iran aus den Gewinnen aus dem Ölexport gezogen haben, immer auch ein Segen für das betreffende Land war. Die Bevölkerung in Iran hat sicher die kulturelle Identität durch den Sprung aus dem Mittelalter in die Gegenwart verloren. Die Antwort auf diese Entwicklung war eine Reaktion, die wiederum zu reaktionären kulturellen Ereignissen geführt hat, wenn wir die aktuelle Situation im Iran betrachten. Man muß aber – ich sage es noch einmal – Verständnis dafür haben, daß man den Sprung vom Mittelalter in die Coca-Cola- und McDonald-Kultur des Jahres 1978 nicht so ohne weiteres verkraften kann.

Die besondere **Rolle der Sowjetunion** in diesem Raum ist eklatant. Sie verfolgt eine Politik, die schon aus der Zeit der Zaren stammt. Ich erinnere nur daran, daß in den Gesprächen zwischen Molotow und Ribbentrop nach Abschluß des Hitler-Sta-

lin-Paktes ausdrücklich festgelegt wurde, daß die Interessensphäre der Sowjetunion nach Süden in den Raum des Persischen Golfes reiche. Dies wurde damals von dem Regime des Nationalsozialismus auch anerkannt. Daraus wird die langfristige Interessenlage der Sowjetunion in diesem Bereich ersichtlich. Es ist sehr reizvoll, die Notizen des deutschen Botschafters von der Schulenburg über seine Gespräche mit Molotow in den Jahren 1940/41 über die sowjetische Politik in diesem Raum nachzulesen.

Dabei führt sich die Sowjetunion in diesem Raum als eine typisch imperialistische Macht auf, die Allianzen je nach den unmittelbaren eigenen Interessen schließt und löst. Es ist nicht etwa so, daß man sich gemeinsamen ideologischen Zielen verbunden fühlt, sondern man geht von der unmittelbaren Interessenlage aus; wenn man einen Verbündeten, der in der Praxis nicht stark genug ist, gegen einen Verbündeten eintauschen kann, der stärker ist, dann tut man das, ohne mit der Wimper zu zucken. Man läßt ihn fallen. Ein berühmtes Beispiel ist das Verhältnis der Sowjetunion zu Somalia und dann das Verhältnis der Sowjetunion zu Äthiopien. Somalia war nur so lange interessant, solange Äthiopien nicht als Bündnispartner zur Verfügung stand. Die Eritreische Befreiungsfront, die man früher unterstützte, ließ man in Äthiopien genauso fallen, als man die unmittelbaren Führer dieses Raums für sich gewinnen konnte. Hier spielen auch ideologische Fragen keine Rolle.

Man sieht das heute im Iran, wo die atheistische Tudeh-Partei genauso für den islamischen Gottesstaat kämpft, wie die kommunistische Partei Frankreichs 1939 und 1940 das Bündnis Hitlers mit Stalin verteidigt hat. Man hat das auch im Raum Israel–Palästina beurteilen können; die Sowjetunion war eines der ersten Länder, die unmittelbar nach der Schaffung des Staates Israel diesen Staat anerkannten. Der langfristige Aufbau einer Interventionsstreitmacht der Sowjetunion im Raum des Nahen Ostens, besonders im Bereich von Südjemen, kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Denn das erste Handels- und Freundschaftsabkommen zwischen der Sowjetunion und einem arabischen Staat war das Abkommen von 1928, das mit dem Jemen geschlossen wurde. Wenn heute, wie vermutet wird, im Südjemen 40 000 Mann Truppen der Sowjetunion, Ostdeutschlands und anderer Ostblockstaaten stehen, dann steht hier ein Eingreifpotential – das noch dazu genau nach der militärischen Gliederung des Warschauer Pakts aufgeteilt ist – zur Verfügung, das den Docht an einem solchen Pulverfaß im Nahen Osten bilden könnte.

Auch zu der besonderen Rolle der Sowjetunion im Iran könnte man ein paar Bemerkungen machen. Wenn sich die Sowjetunion zu den zivilisierten Ländern zählte – und dies ist ihre eigene Entscheidung, nicht etwa meine Beurteilung –, dann wäre ja eine konzertierte Aktion gegen Grausamkeit und Brutalität in diesem Raum möglich, ohne imperialistische Interessen, ganz gleich, wer davon betroffen wäre, ins Spiel zu bringen. Ich habe heute das Gefühl, daß die wirkliche Rolle der Sowjetunion in diesem Raum eine andere ist. Ich möchte sie als eine Art Animateur – um diesen Begriff zu verwenden – der iranischen Revolution bezeichnen, eine Art Animateur, der die Hoffnung hat, eines Tages vielleicht das Erbe eines Gottesstaates in diesem Raum antreten zu können.

Meine Damen und Herren, was wollen wir, die westlichen Nationen, in diesem Raum? Ich glaube, uns kann es nicht darum gehen, Einfluß, Verbündete oder direkt Abhängige zu schaffen. Wir müssen ein Interesse daran haben, unabhängige, freie Nationen in diesem Raum zu haben, mit denen man die terms of trade diskutieren kann, mit denen man die Meinungen über die gegenseitige Vermittlung von Wissen, von Können, aber auch von Rohmaterialien austauschen kann. Wir wollen eine Kooperation mit Ländern, die sicher von großer Bedeutung für Westeuropa und auch für Nordamerika sind. Aber wir wollen die Unabhängigkeit dieser Staaten. Wir wollen, daß sie frei entscheiden können, daß sie auch frei mit ihren Ressourcen umgehen können.

Wir im Westen haben gemeinsame Interessen gegenüber diesem Raum. Wir sollten auch eine gemeinsame Politik gegenüber diesem Raum treiben. Wir sollten vergangene Rivalitäten vergessen. Es ist fast nicht glaubhaft, daß es noch vor zehn Jahren um eine Oase zwischen Oman und Saudi-Arabien Interessengegensätze zwischen Amerika und Großbritannien gab, die Interessengegensätze zwischen ESSO und BP waren. Heute ist diese Zeit vorbei. Heute ist die Zeit, wo eine gemeinsame Politik des Westens im Nahen Osten möglich ist, eine gemeinsame Politik der zivilisierten Welt, gerade auch um den Frieden in diesem Raum langfristig zu erhalten.

Dr. Geßner (SPD): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Noch vor wenigen Jahren hätte niemand geglaubt, daß es möglich sein würde, daß ein **Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten** zustandekommt. In der Zwischenzeit ist dieses Ergebnis eingetreten. Ich freue mich sehr, daß der Friedensvertrag abgeschlossen worden ist, weil ich in diesem Schritt eine Chance sehe, diese Region der Welt befrieden zu helfen.

Ich glaube, daß der eingeschlagene Weg richtig ist, und ich bin davon überzeugt, daß es notwendig ist, diesen Weg weiterzugehen. Allerdings bin ich mir darüber klar, daß die Lösung dieses Problems nicht möglich sein wird, wenn sich nicht auch andere arabische Staaten an dem Dialog und dem, was hinterher folgt, nämlich dem Abschluß von Verträgen, beteiligen.

Ich bin auch davon überzeugt, daß die westlichen Industrienationen deutlich machen müssen, daß sie den eingeschlagenen Weg begrüßen. Eine wankelmütige Haltung würde nämlich die noch abseits stehenden arabischen Staaten von dem Weg abhalten helfen, von dem ich soeben gesprochen habe.

Meiner Auffassung nach gibt es bei Konflikten nur das Prinzip des Gewaltverzichtes. Es ist für uns unverzichtbar. Dieses Prinzip berührt nicht das Recht der individuellen und der kollektiven Selbstverteidigung. Es geht hier um anerkannte Prinzipien des Völkerrechtes, wie sie beispielsweise in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind.

Die Verwirklichung des Rechtes auf Selbstbestimmung gibt aber kein Recht zur Gewaltanwendung. Was würde beispielsweise das Hohe Haus sagen, wenn jemand auf die kriminelle Idee käme, die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands mit den Mitteln der Gewalt erzwingen zu wollen? Wenn jemand auf eine derartige Idee käme, müßte er sehr schnell hinter Schloß und Riegel gebracht werden, denn das wäre eine Art der Politik, die nicht Probleme lösen, sondern zu neuen Problemen führen würde vor dem Hintergrund grausamer menschlicher Schicksale, die damit verbunden wären.

Das Prinzip, daß politische Probleme nicht durch Gewalt gelöst werden können, ist unteilbar. Es gilt für jedes Volk, es gilt für jeden Staat, es gilt auch für jede Region der Welt, gleichgültig, wo immer sich derartige Probleme auftun. Auch die Motive, weswegen einem Volk das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten wird, die unterschiedlich sein können, rechtfertigen nicht die Anwendung von Gewalt. Hier gibt es keine Ausnahme.

Deswegen kann ich auch die Aktionen der Palästinenser nicht gutheißen. Es gibt gewiß viele Gruppierungen in der **PLO**, und es ist sicherlich nicht ganz einfach, zu definieren, was die PLO ist, aber eines habe ich in der Zwischenzeit lernen können: daß aus dieser PLO heraus terroristische Anschläge begangen worden sind. Ich glaube nicht, daß die Explosion einer Bombe auf dem Markt in Jerusalem ein militärischer Akt ist. Ich glaube auch nicht, daß die Entführung eines Flugzeuges aus irgendeinem westlichen Land als Militäraktion hingestellt werden kann. Das Blutbad in München, das wir vor einigen Jahren während der Olympiade erlebten, ist sicherlich kein militärischer Akt, sondern ein Akt des Terrors gewesen.

Mich berührt das auch deswegen, weil die deutschen Terroristen bei den Prozessen in der Bundesrepublik Deutschland sich immer darauf berufen, daß sie im Kriegszustand mit der Bundesrepublik Deutschland seien; sie seien daher Kriegsgefangene und keine Terroristen. Wenn ich mir vergegenwärtige, daß deutsche Terroristen in palästinensischen Lagern ausgebildet worden sind und daß sie dort untertauchen, wenn sie bei uns gesucht werden, dann sehe ich einen Zusammenhang zwischen Terrorismus bei uns und terroristischen Aktionen der PLO.

Gewiß wird mir jedermann in diesem Saale recht geben, wenn ich sage, daß die Bombardierung im Libanon eine schreckliche Sache ist. Viele Menschen werden dabei betroffen, unschuldige Menschen kommen ums Leben. Man kann nur hoffen, daß dieses grausige Spiel in diesem kleinen Land bald zu Ende sein möge.

Aber ich sehe auch, daß vom Libanon aus Terroristen operieren und Gegenschläge provozieren. Das führt dann dazu, daß der Krieg in dieses Land hineingetragen wird.

Für mich ist bei der Beurteilung des Problems der PLO auch etwas von Bedeutung, was der eine oder andere vielleicht längst wieder vergessen hat. Ich erinnere mich sehr gut daran, daß es eine Zeit gab, in der die Israelis die Terrorakte der PLO nicht mit entsprechenden Gegenschlägen beantworteten. Sehr bald mußte man aber feststellen, daß die PLO ihre Aktivitäten nicht einschränkte, sondern daß diese weitergingen.

Manche sagen, vielleicht läge des Rätsels Lösung in der Gründung eines palästinensischen Staates. Wenn ich selber der Meinung wäre, daß hier die Wurzel des Problems liegt und daß die Situation auf diese Weise entschärft werden könnte, wäre ich für die Gründung eines derartigen Staates.

Ich komme, so oft ich auch darüber nachgedacht habe, zu dem Ergebnis, daß dieser Staat nicht zur Befriedung beiträgt. Ich befürchte vielmehr, daß, wenn ein solcher Staat bestände, von dort aus neue militärische Aktionen ausgehen würden. Die Lösung des Problems kann also nicht in der Gründung eines palästinensischen Staates liegen. Es würden dann nur neue Ansprüche erhoben werden. Ich glaube, daß nur die staatliche Keimzelle für neue Angriffe geschaffen würde. Dieser Weg führt, wie ich glaube, nicht zum Frieden.

In diesem Zusammenhang will ich auch sagen, daß ich es für außerordentlich unglücklich halte, daß die israelische Regierung ihre Siedlungspolitik fortsetzt. Ich halte dies für eine schlimme Sache. Diese Politik ist gewiß nicht geeignet, die Probleme abzubauen, sondern trägt dazu bei, sie zu verkomplizieren.

Wenn es überhaupt eine Lösung geben sollte, so kann sie nur im Bereich des Verhandelns liegen. Ich sehe die Notwendigkeit, daß die arabischen Staaten – Ägypten hat das schon getan – und die PLO die staatliche Existenz Israels anerkennen. Die Palästinenser täten sich einen großen Gefallen, wenn sie von den Realitäten ausgingen, die nun einmal vorhanden sind. Israel ist ein existenter Staat. Bei der Diskussion über dieses Problem werde ich sehr häufig an Diskussionen erinnert, die wir in der Bundesrepublik hatten, als es darum ging, ob die DDR ein existenter Staat sei. Ich will nicht verhehlen, daß wir uns jahrelang sehr schwergetan haben, zu kapieren, daß sich in der Zwischenzeit dort ein Staat entwickelt hat, den man anerkennen mußte, wenn man zu Übereinkünften und Abmachungen kommen wollte. Man kann schlecht mit jemandem eine Abmachung treffen, den man sozusagen als nicht existent ansieht. Dies geht nicht.

Leider ist es heute noch immer so, daß die PLO für die Beseitigung des Staates Israel eintritt. Ich habe neulich, bevor ich in ein arabisches Land fuhr, sehr gründlich die Gründungscharta der PLO gelesen und dabei feststellen müssen, daß die Vernichtung des Staates Israel ein Ziel der PLO geblieben ist. Wenn ich „geblieben ist" sage, berufe ich mich darauf, daß die Prinzipien dieser Charta auch in der jüngsten Zeit von der PLO und von arabischen Staaten immer wieder bestätigt worden sind. Wenn wir ein Stück vorankommen wollen, wenn zum Ausdruck gebracht werden soll, daß guter Wille vorhanden ist, wäre es notwendig, daß diese Charta, jenes Gründungsdokument der PLO korrigiert wird.

Ich bin ferner der Meinung, daß das Palästinenser-Problem nicht so gravierend wäre, wenn die Lager

in der Vergangenheit nicht künstlich aufrechterhalten worden wären. Es steht doch außer Zweifel: Man hat diese Lager deswegen nicht aufgelöst, weil man aus diesen Lagern Nachwuchs für militärische Aktionen rekrutieren wollte. Hier sind Geschwüre rings um Israel in der Hoffnung geschaffen worden, daß sich dort ein gefährlicher Stoff ansammelt, der dann eines Tages im Kampf gegen Israel Verwendung finden könnte. Jetzt wird beklagt, daß es derartige Lager noch immer gibt. Ich halte dies nicht für logisch, nicht für konsequent. Ich bin selbst eine Zeitlang in einem Flüchtlingslager gewesen. Ich habe nach dem Zweiten Weltkrieg einige Monate in einem Flüchtlingslager gelebt. Ich weiß, wie es den Menschen zumute ist, die dort leben müssen, auf engstem Raum und unter schwierigsten Bedingungen. Ich weiß das aus eigener Erfahrung. Ich kann sehr gut nachfühlen, wie die Menschen, die dort leben, denken, wie sie angereichert sind mit Emotionen. Es gilt aber immerhin festzustellen, daß diese Lager heute nicht mehr notwendig wären, wenn man sie nicht künstlich aufrechterhalten hätte. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die westlichen Industrienationen in den vergangenen Jahren eine Menge Geld bereitgestellt hätten, um die Menschen dort in den arabischen Ländern integrieren zu helfen.

Das Palästinenser-Problem ist meiner Überzeugung nach nicht mit Gewalt lösbar. Es ist – so sehe ich es jedenfalls – überhaupt nicht mehr mit Gewalt zu lösen, nachdem es zu einem Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel gekommen ist, denn jedermann weiß, welche Rolle die militärische Stärke Ägyptens innerhalb der arabischen Welt spielt.

Daher gibt es meiner Überzeugung nach nur eine Antwort. Es muß die Bereitschaft zu Kompromissen auf allen Seiten vorhanden sein. Das bedeutet, daß eine Lösung des Problems auf dem Verhandlungswege anzustreben ist. Ich gehöre in meinem Lande ganz gewiß nicht zu den Frömmsten. Dennoch halte ich es mit einer Wahrheit in der Bibel, die sich im Laufe vieler Jahrhunderte immer wieder bestätigt hat: Wer Gewalt sät, wird Gewalt ernten.

Frau von Bothmer (SPD): Herr Vorsitzender! Wir empfinden es als sehr glücklich, daß der Bericht sich nicht nur auf den Nahen Osten, sondern auch auf den Mittleren Osten bezieht, denn die Entwicklungen, die sich dort in den letzten Monaten vollzogen haben, zeigen, wie notwendig es ist, daß wir uns mit diesem Thema beschäftigen. Wir tun jetzt gewissermaßen den ersten Schritt. Die Frage, die wir bis jetzt noch gar nicht gestreift haben, nämlich was für eine politische Kraft der Islam eigentlich darstellt und inwieweit er in der Lage ist, wirklich zukunftsweisend zu wirken, ist noch völlig offen. Daß er in dieser Region eine Rolle gespielt hat und noch spielt, ist nicht von der Hand zu weisen. Ich schätze, daß wir in Zukunft darüber noch im Zusammenhang mit den Fragen Afghanistans und Irans, die ja von der politischen Seite hier einbezogen worden sind, zu sprechen haben werden.

Was nun den **Nahen Osten** angeht, so möchte ich im Namen des Ausschusses folgendes sagen. Der Ausschuß ist vielfältig zusammengesetzt und spricht politisch durchaus nicht mit einer Stimme. Dennoch haben wir es zuwege gebracht, uns auf den vorliegenden Entschließungsentwurf zu einigen. Es ist erstaunlich, wie immer wieder an die Debatte über den Nahen Osten herangegangen wird. Diejenigen, die bereit sind, das Unrecht, das den Palästinensern zugefügt worden ist, einzugestehen und damit aber durchaus nicht sagen, daß sie das Unrecht, das den Juden geschehen ist, verkleinern wollen, werden oft als Feinde der Juden hingestellt. Hier erfolgt eine undifferenzierte Zusammenwerfung der Begriffe. Juden und Zionismus sind nicht ganz das gleiche. Niemand von uns hat gesagt, daß der Staat Israel von der Landkarte verschwinden muß. Das steht auch nicht im Bericht und ebenso nicht in den Empfehlungen. Niemand will dies.

Ich sagte es schon: Wir müssen bereit sein, zu erkennen, daß man durch die Hinzufügung eines neuen Unrechts die Lage nicht verbessern kann. Also plädieren wir dafür, daß die **PLO** und somit die Palästinenser einbezogen werden.

Nun wurde von verschiedenen Kollegen gesagt, das Problem solle auf dem Verhandlungsweg gelöst werden. Ich hoffe, die Kollegen sind mit mir der Meinung, daß die Palästinenser dann mit verhandeln dürfen. Über den Kopf von erwachsenen Menschen hinweg ist eine Verhandlung auf die Dauer wohl kaum möglich.

Es wurde gesagt, die PLO sei eine Mörderbande; sie habe Blut an den Händen usw. Liebe Kollegen, sollten wir mit solchen Ausdrücken nicht etwas zurückhaltender sein? Ich kann nicht umhin, daran zu erinnern, daß auch Herr Begin Blut an den Händen hat und daß sehr viele Befreiungsbewegungen auf dieser Welt ebenfalls Blut an den Händen haben. Ich weiß nicht, ob es sehr nützlich und sehr in die Zukunft weisend ist, wenn wir immer wieder erwähnen, daß die eine Seite Blut an den Händen hat. Liebe Kollegen, Gewalt wird von beiden Seiten angewendet. Wenn hier gefordert wird, daß man damit aufhören müsse, so muß man dies freilich auch der anderen Seite sagen, die ebenfalls Gewalt anwendet und die dies – auch das will ich hier nicht unter den Tisch fegen – von Anfang an getan hat.

Man beklagt sich über die Charta der Palästinenser und sagt, sie gehe darauf aus, die Juden zu vernichten. Das stimmt nicht. Sie geht bestenfalls – oder schlimmstenfalls – darauf aus, den zionistischen Staat anzugreifen. Ich sagte schon, daß Juden und Zionismus nicht ganz das gleiche sind. Man spricht nicht davon, daß die Niederschriften der Zionisten schon vor Jahrzehnten besagen: Wir Juden wollen Palästina haben, und zwar das ganze Palästina – ohne Araber: sie müssen verschwinden. – Hier stehen zwei Erklärungen – jedes Volk gibt eine für sich ab – einander gegenüber. Ich meine, uns Europäern würde es eher ziemen, zu versuchen, eine Brücke zu schlagen. Es hat keinen Sinn, daß wir unsererseits diese Gegensätze immer wieder von neuem betonen. Es ist auch der Sinn des vorliegenden Berichtes und der Sinn unserer Entschließungen, zu versuchen, eine Brücke zu schlagen.

Gestatten Sie mir abschließend noch folgende Anmerkung. Es ist für mich neu in dieser Versammlung, daß man, wenn man mit einem Kollegen nicht gleicher Meinung ist, zu persönlichen Diffamierungen greift. So ist hier von einer Seite verfahren worden. Ich halte dies für ein ebenso unfaires wie unprobates Mittel der politischen Auseinandersetzung. Ich hoffe, daß wir es in Zukunft in diesem Hause nicht mehr anwenden werden.

Empfehlung 341

betr. die Auswirkungen der sich ändernden Lage im Nahen und Mittleren Osten auf die Sicherheit Westeuropas

Die Versammlung

ist der Auffassung, daß die Aufrechterhaltung des Friedens im Nahen und Mittleren Osten für die Sicherheit und den wirtschaftlichen Wohlstand Westeuropas von wesentlicher Bedeutung ist;

bedauert, daß die sowjetische Intervention in Afghanistan keineswegs inneren Frieden, politische Stabilität und eine Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit in diesem Land bewirkt, sondern zu Streitigkeiten zwischen den Gemeinden und Religionsgemeinschaften geführt und ein weiteres schwieriges Flüchtlingsproblem geschaffen hat;

ist der Auffassung, daß der im Jahre 1978 im Iran durch revolutionäre Prinzipien entfachte Aufstand die Einführung der Demokratie und die Wiederherstellung der nationalen Einheit weiter verzögert hat;

stellt fest, daß die Übereinkommen von Camp David zwar den Frieden zwischen Israel und Ägypten hergestellt, aber bislang keine Lösungen für die Hauptprobleme im Mittleren Osten, insbesondere die Palästinafrage, erbracht haben;

ist der Auffassung, daß Lösungen, die eine Mitwirkung des palästinensischen Volkes ausschließen, ihm nicht die Möglichkeit bieten, sein Recht auf Selbstbestimmung auszuüben, und die tieferen Probleme des Konflikts verdrängen;

ist der Auffassung, daß die von Jordanien eingenommenen und von Seiner Majestät, König Hussein, vor den Vereinten Nationen am 25. September 1979 zum Ausdruck gebrachten Positionen einen konkreten Schritt für den Frieden darstellen;

bedauert, daß die weitere Errichtung israelischer Siedlungen am Westufer eine gerechte und dauerhafte Lösung des Palästinenserproblems nur erschwert;

begrüßt die Tatsache, daß die Neun zu Fragen des Mittleren Ostens mehrmals mit einer Stimme sprechen konnten, insbesondere am 25. September 1979 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen,

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. direkt oder gegebenenfalls auch indirekt durch die Mitwirkung seiner Mitglieder an der politischen Zusammenarbeit Europas innerhalb der Neun sicherzustellen, daß die Konsultationen zwischen seinen Mitgliedern auf Probleme erweitert werden, die Afghanistan und den Iran berühren;
2. zu gewährleisten, daß seine Mitglieder davon Abstand nehmen, Waffen an den Iran zu verkaufen so lange der innere Aufruhr und die bewaffnete Unterdrückung in diesem Lande andauern und alle anderen waffenliefernden Länder aufzufordern, ein ähnliches Moratorium zu verhängen;
3. den Iran aufzufordern, die in der amerikanischen Botschaft festgehaltenen Geiseln unverzüglich freizulassen;
4. die Position seiner Mitglieder in den Vereinten Nationen weiterhin zu koordinieren und vom Sicherheitsrat eine Klarstellung über die tatsächlichen Auswirkungen der Entschließung 242 zu verlangen;
5. Ägypten, Israel und die Vereinigten Staaten aufzufordern, unverzüglich Konsultationen durchzuführen, um Einigung über eine gegenseitige akzeptierte Auslegung des Inhalts der Camp David-Abkommen zu erzielen;
6. seine Mitglieder aufzufordern, Israel unverzüglich zu drängen, die Existenz des palästinensischen Volkes anzuerkennen und seine Siedlungspolitik am Westufer aufzugeben sowie Verhandlungen mit rechtmäßigen palästinensischen Vertretern einzuleiten, um die Selbstbestimmung – auch für die Bewohner des Westufers und des Gaza-Streifens – herbeizuführen;
7. seine Mitglieder aufzufordern, auf die PLO einzuwirken, damit sie sich ebenfalls unverzüglich bereiterklärt, einen unabhängigen israelischen Staat innerhalb international vereinbarter und festgelegter Grenzen anzuerkennen;
8. seine Mitglieder aufzufordern, beide Seiten zu einer völligen Einstellung aller Gewaltakte zu bewegen, die die Gültigkeit jeder solchen Erklärung in Frage stellen;
9. alles in seiner Macht Stehende zu tun, um, wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, eine Konferenz einzuleiten, die einen breiteren Teilnehmerkreis als Camp David umfaßt und die Vertretung aller Länder, die direkt in den Palästina-Konflikt verwickelt sind, einbezieht.

Tagesordnungspunkt:

Rechnungslegung der Verwaltungskosten der Versammlung 1978.

Voranschlag des Verwaltungshaushaltes der Versammlung 1980.

(Drucksachen 814 und 815)

Berichterstatter: Abg. Alber

Alber (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die Länge meiner Rede wird proportional zum Volumen des Haushaltes sein; das heißt, daß sie sehr kurz sein wird.

Wir haben es heute mit zwei Punkten zu tun, einmal mit dem Rechnungsabschluß für das Jahr 1978 und zum anderen mit dem Haushaltsentwurf für das Jahr 1980. Ich möchte beide Punkte zusammenfassen.

Was den **Rechnungsabschluß für 1978** anbelangt, so sah der seinerzeitige Entwurf 7 979 000 Frs. vor. Die Ausgaben beliefen sich abschließend auf 7 723 279 Frs.; das heißt, wir haben für das Jahr 1978 ein Plus von 255 721 Frs. zu verzeichnen. Wir haben also 255 000 Frs. zuwenig ausgegeben. Dies rührt u. a. daher, daß die Einnahmen um 89 650 Frs. höher als geplant waren. Ich möchte die dafür ausschlaggebenden Punkte nicht einzeln erwähnen, sondern nur auf diese Tatsache hinweisen. Daraus ergibt sich, daß unsere Rechnungslegung eigentlich sehr seriös ist.

Wir sollten deshalb gegenüber dem Ministerkomitee auch einmal darauf hinweisen, daß wir es als kleinlich empfinden, wenn dann kleine Beträge gekürzt werden. Wenn wir von den Beträgen etwas nicht ausgeben, dann geben wir es zurück; das beweist diese Rechnungslegung.

Wir legen einen seriösen Haushalt vor, aber unsere Sparsamkeit wird nicht etwa honoriert, sondern es wird im Gegenteil bei den künftigen Entwürfen gekürzt, zum Teil mit der Begründung, daß wir ja die Gelder nicht ausgeben würden. Dies ist nicht gerade fair. Ich möchte aber an dieser Stelle gleich sagen, daß wir im Jahr 1979 die Gelder in der Tat voll verbrauchen werden, weil die Kosten gestiegen sind.

Nun zum **Haushaltsentwurf für das Jahr 1980!** Ich möchte mich nur mit den vier Punkten befassen, in denen das Expertenkomitee Kürzungen vorgenommen hat. Ich gehe dabei in der Reihenfolge vor, in der die Punkte im Entwurf aufgeführt sind.

Der eine Punkt betrifft Kapitel II Untertitel 3/5, nämlich die Ausgaben, die während der Sitzungen anfallen. Hier war ein Betrag von 51 000 Frs. vorgesehen. Das Expertenkomitee glaubte, diesen Betrag um 5000 auf 46 000 Frs. kürzen zu müssen. Im Haushaltsausschuß und im Präsidialausschuß wurde die Meinung vertreten, daß es sich hier um eine prinzipielle Frage handelt. Wir sehen nicht ein, daß ein Komitee sich mit solch lächerlich geringen Beträgen befaßt, zumal die Gehälter der betroffenen Personen höher sind als die Beträge, die man einspart. Man sollte sich in der Tat auf wichtige Positionen konzentrieren. Wir haben durch den Rechnungsabschluß 1978 bewiesen, daß wir die Gelder zurückgeben, wenn wir sie nicht brauchen. Wir sehen nicht ein, daß Kürzungen um solch lächerlich geringe Beträge vorgenommen werden. Weil es hier um eine prinzipielle Frage geht, lehnen wir diese Streichung ab.

Der zweite Punkt betrifft Kapitel III Untertitel 4/2. Es geht dabei um Baukosten hier im Hause. Sie sollen um 28 000 Frs. gekürzt werden. Dem stimmen wir zu, weil diese Arbeiten sich über zwei Jahre erstrecken. Daher ist es gerechtfertigt, diesen Titel etwas zu kürzen.

Was das Kapitel V, die Untertitel 17 und 18, also die Ausgaben für die Information und für die politischen Gruppen anlangt, so ist der Präsidialausschuß der Meinung, daß wir die vorgesehenen Kürzungen nicht akzeptieren sollten und können. Aus diesem Grunde habe ich einen Änderungsantrag eingebracht, der die Wiederherstellung des Entwurfs vorsieht.

Ich möchte Ihnen kurz in Erinnerung rufen, daß wir im Jahre 1978 für diese beiden Positionen fast nichts gehabt haben. Für die Information hatten wir seinerzeit 36 000 Frs., für die politischen Gruppen 17 000 Frs. Wir hatten dann beantragt, beide Positionen auf insgesamt 500 000 Frs. zu erhöhen. Dies wurde für das laufende Jahr 1979 nicht akzeptiert, so daß wir in diesem Jahr für beide Positionen jeweils 142 500 Frs. zur Verfügung haben.

Wir sind der Meinung – deshalb beantragen wir dies für das Jahr 1980 wiederum –, daß die Mittel auf insgesamt 500 000 Frs. erhöht werden sollten. Das Expertenkomitee will lediglich eine Erhöhung von jeweils 18 500 Frs., also eine Erhöhung auf 161 000 Frs. für jeden Titel genehmigen. Dies halten wir für zu gering. Wir verkennen natürlich nicht, daß es sich hierbei, prozentual gesehen, um große Steigerungsraten handelt. Wenn ich bisher aber einen Franc ausgegeben habe und später dann zwei Francs ausgebe, liegt auch eine Steigerungsrate von 100 % vor. Man sollte also fairerweise nicht die Prozentsätze, sondern die absoluten Beträge berücksichtigen. Wir müssen uns vor Augen führen, daß wir bisher für diese beiden Positionen so gut wie nichts vorgesehen hatten. Wenn wir jetzt entsprechende Beträge einsetzen, so handelt es sich lediglich um eine Korrektur dessen, was früher versäumt worden ist. Es sind dies politische Positionen, und aus diesem Grunde sollten wir auch entsprechende Mittel einsetzen.

Ich möchte Ihnen zum Vergleich einmal die Beträge nennen, die das Europäische Parlament ausgibt. Das Europäische Parlament gibt für die politischen Gruppen 3,5 Millionen Rechnungseinheiten aus. Eine Rechnungseinheit entspricht etwa 5,6 Frs. Das heißt, für die politischen Gruppen werden im Europäischen Parlament 19,6 Millionen Französische Franc, also fast 20 Millionen ausgegeben. Das ist mehr als das Doppelte, als unser Haushalt insgesamt umfaßt.

Dazu kommen noch 147 Personalstellen, die ab 1. Januar 1980 um weitere 123 Stellen auf insgesamt 270 Personalstellen – allein für die politischen Gruppen! – ausgeweitet werden.

Die Ausgaben für Presse und Information des Europäischen Parlaments lassen sich nicht leicht feststellen, weil sie in den Verwaltungs- und Personalkosten enthalten sind. Allein für Pressekonferenzen sind aber 150 000 Rechnungseinheiten – das sind 840 000 Französische Francs – vorgesehen. 250 000 Rechnungseinheiten, also etwa 1,34 Millionen Frs. sind für Presseveröffentlichungen vorgesehen. Dazu

kommen noch 1,41 Millionen Rechnungseinheiten oder rund 7,89 Millionen Französische Francs für Besuchergruppen. Einen solchen Posten haben wir in unserem Haushalt überhaupt nicht; es wird kein einziger Franc für Besuchergruppen ausgewiesen.

Es geht nun nicht etwa darum, mit dem Europäischen Parlament gleichziehen zu wollen. Dies wäre natürlich Unsinn. Ich habe Ihnen die Zahlen aber einmal zur Kenntnis gegeben, damit Sie die Relation sehen. Gegenüber den eben genannten Summen sind die Beträge in unserem Haushalt ja eigentlich nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Wir brauchen uns, so gesehen, auch gar nicht zu wundern, daß die Westeuropäische Union im Grunde ein unbekanntes Wesen ist. Wenn Sie heute draußen jemanden fragen, was die Westeuropäische Union ist, meint jeder, sie sei ein privater Verein zur Förderung der europäischen Idee. Wir sollten unseren Haushalt auch unter diesem Gesichtspunkt sehen.

Ich meine, wir sind es unserer Arbeit, unserem Ansehen und unserer Bedeutung schuldig, daß ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Wichtigkeit der Aufgaben auch für die Sicherheit der Bürger in Europa verlangt einen Haushalt, mit dem wir auch politisch arbeiten können. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, meinem Änderungsantrag, den ich im Namen des Präsidialausschusses eingebracht habe, zuzustimmen. Dieser Antrag zielt, wie gesagt, auf die Wiederherstellung der ursprünglichen Fassung des Haushaltsentwurfes ab mit Ausnahme des von mir bereits erwähnten Betrages von 28 000 Francs, dem wir zustimmen.

Was die Rechnungslegung 1978 anbelangt, so bitte ich Sie ebenfalls, meinem Bericht zuzustimmen und außerdem dem Präsidenten unserer Versammlung für seine Rechnungsführung Entlastung zu erteilen.

Schlußwort des Berichterstatters:

Alber (CDU/CSU): Ich bin Herrn Kollegen Roper sehr dankbar für seine Intervention, insbesondere auch dafür, daß er die Frage gestellt hat, wie die **Mittel für die Information** ausgegeben werden. Wie Sie selber wissen, haben wir im laufenden Jahr zum erstenmal einen Betrag zur Verfügung, mit dem man auf diesem Sektor arbeiten kann. Wir haben jetzt 142 500 Francs gegenüber früher 36 000. Es wäre in der Tat wünschenswert, daß das Präsidium der WEU bei weiteren Mittelerhöhungen – die ja vorgesehen sind – zumindest unserem Ausschuß einmal eine genaue Auflistung geben könnte, wie die Vergabe dieser Mittel geplant ist. Das würde die Abstimmung in allen Bereichen, sowohl auf unserer Seite als auch auf der Seite des Expertenkomitees, sicher erleichtern. Das will ich gern zugeben.

Aus dieser zögernden Antwort kann Herr Roper entnehmen, daß ich seine Frage nicht im Detail beantworten kann, weil mir die Rechnungslegung für das laufende Jahr noch nicht im einzelnen bekannt ist. Soweit ich weiß, werden die Mittel einmal für Personalkosten für zeitweilig für die Dauer dieser Sitzungen eingestelltes Personal ausgegeben – dies sind drei Personen für Pressearbeiten und ein Amtsbote –, zweitens für Einladungen an Journalisten und drittens für Pressekonferenzen und für Missionen unseres Pressereferenten hier, ferner für Empfänge für Journalisten und auch für den Kauf von Zeitungen und Zeitschriften. – Soviel zusammenfassend. Wie sich die Beträge im einzelnen aufteilen, kann ich im Augenblick nicht sagen, da ich auch hier den Rechnungsabschluß für das laufende Jahr abwarten muß.

Ich möchte mich noch in einem Punkt Herrn Roper anschließen, nämlich mit meinem besonderen Dank an Frau Cohen und die Mitarbeiter hier im Hause, die für diese wichtigen Budgetangelegenheiten zuständig sind. Ich glaube, Frau Cohen könnte sowohl Präsidentin eines Kriminalamts als auch Präsidentin einer Bank sein; Präsidentin eines Kriminalamts, weil sie, wenn es um das Quorum oder um die Teilnahme an Sitzungen geht, wie ein Detektiv herausfindet, wo die einzelnen Kollegen im Moment stekken, in welchem Land, an welchem Tagungsort sie sind. Das geht wie bei einem Computer in Sekundenschnelle. Sie findet mich wesentlich schneller, als es meine Frau kann; meine Frau sagt, wenn sie mich suche, brauche sie im Grunde nur bei Frau Cohen anzurufen, weil die immer wisse, wo wir uns befinden. Präsidentin einer Bank könnte sie sein, weil sie das Geld, das wir haben, so zusammenhält, als ob es ihr eigenes wäre. Aber ich glaube, dies ist ein großer Vorteil. Deshalb gebührt Frau Cohen unser aller Dank.

Tagesordnungspunkt:

Stellungnahme zum Haushalt der ministeriellen Organe der WEU 1979

(Drucksache 824)

Berichterstatter: Abg. Kershaw

Mittwoch, 5. Dezember 1979

Tagesordnungspunkt:

Neue Waffen und Verteidigungsstrategie

(Drucksache 827)

Berichterstatter: Abg. Roper und van den Bergh

Dr. Geßner (SPD): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe in vielen Debatten der Westeuropäischen Union und auch im Europarat stets für die Notwendigkeit der **Entspannung** plädiert. Meine Haltung in dieser Frage steht außer jedem Zweifel. Ich bin für die Entspannungspolitik und werde es auch zukünftig so halten.

Bei all den Reden, die ich gehalten habe, war mir aber stets bewußt, daß der Zusammenhang zwischen der Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses und der Möglichkeit, zu konkreten Schritten der Entspannung zu kommen, unaufhebbar ist. Vor diesem Hin-

tergrund sehe ich auch den Vorschlag, den Partei- und Regierungschef Breschnew gemacht hat. Ich will nicht verhehlen, daß ich diesen Vorschlag als ein positives Zeichen bewerte. Wir sollten nicht von vornherein all das, was vorgeschlagen worden ist, ablehnen.

In gleicher Weise halte ich es für außerordentlich bemerkenswert, daß die Vereinigten Staaten die Bereitschaft bekundet haben, tausend Atomsprengköpfe aus Europa abzuziehen. Hier wird deutlich der Wille bekundet, daß wir bereit sind, auf entsprechende Maßnahmen der Sowjetunion in entsprechender Weise zu reagieren.

Wenn man das Problem richtig in den Griff bekommen will, muß man sich aber über folgenden Zusammenhang im klaren sein. Die sowjetische Strategie, das, was in den Offiziersschulen der Sowjetunion gelehrt wird, geht davon aus, daß die Sowjetunion die Fähigkeit haben müsse, von vornherein stets offensiv kämpfen zu können. Wer diese Strategie verficht, muß aber daraus die notwendigen Rüstungskonsequenzen ziehen, denn es ist eine alte Tatsache, daß derjenige, der offensiv kämpft, dem anderen stets überlegen sein muß. Ich erinnere an die Faustregel von dem Verhältnis von 3 : 1 zugunsten des Angreifers.

Die Sowjetunion hat in der Vergangenheit stets betont, daß der Friede in Europa durch die Überlegenheit des Warschauer Paktes gesichert sei. Die Gleichgewichtstheorie, die wir vertreten, war bis vor kurzem nie die Theorie der Sowjetunion. Die Sowjetunion hat aus ihrer anderen Theorie heraus die entsprechenden Konsequenzen in bezug auf Umfang, Rüstung und Ausbildung ihrer Truppen gezogen.

Es ist noch nicht allzulange her, seit Breschnew diese Theorie geändert hat, indem er sagte, der Friede in Europa beruhe auf dem **Gleichgewicht der Kräfte.** Dies bedeutet, daß er davon abgegangen ist, zu behaupten, der Friede beruhe auf der Überlegenheit der Kräfte des Warschauer Paktes. Wir vermissen aber, daß aus dieser richtigen Einsicht die rüstungspolitischen Konsequenzen in der Sowjetunion gezogen worden sind.

Halten wir folgendes fest: Es gibt eine ganz beachtliche zusätzliche Bedrohung, die – auch wenn dies manche nicht sehen wollen – durch die SS 20-Raketen entstanden ist. Raketen dieses Typs sind im Gegensatz zu den bisherigen Raketen beweglich geworden. Sie können dreimal nachgeladen werden. Jede Rakete dieses Typs hat drei Sprengköpfe an Bord. Dies macht sie alles in allem wesentlich gefährlicher. Sie ist unverwundbarer und durch zusätzliche Sprengkraft gefährlicher geworden. Auch die zusätzliche Zielgenauigkeit darf nicht unterschätzt werden.

Nun hat ein Kollege, den ich sehr schätze, nämlich der Kollege van den Bergh, gefragt, ob es nicht möglich sei, Kernwaffen durch entsprechende konventionelle Waffen zu ersetzen. Ich will ganz deutlich machen: Wenn es diese Möglichkeit gäbe, wäre ich für eine solche Lösung. Ich kenne aber waffentechnologische Alternativen dieser Art nicht. Am besten wäre es natürlich, wenn nirgendwo in der Welt Atomwaffen stationiert wären. Jeder, der Realist ist, weiß aber, daß die Herbeiführung eines solchen Zustandes leider nicht von uns allein abhängt.

Ich will keinen Zweifel daran lassen, daß es uns nicht darum gehen darf, etwa ein Wettrüsten zu betreiben. Wir betreiben ein Nachrüsten, d. h. wir sind dabei, eine Lücke zu schließen. Hätten wir es auf ein Wettrüsten angelegt, so müßten unsere Maßnahmen völlig andere sein. Sie müßten dann darauf gerichtet sein, die Sowjetunion zu übertreffen. Dies aber wollen wir nicht. Das soll hier in aller Deutlichkeit gesagt werden. Uns geht es vielmehr darum, eine Verbindung zwischen der Möglichkeit der Nachrüstung einerseits und Maßnahmen zu Rüstungskontrollbeschränkungen andererseits zu kommen, herzustellen. Das heißt, das Ausmaß der in Rede stehenden Modernisierung ist von dem Willen der Sowjetunion abhängig, sich bei Produktion und Stationierung der SS 20-Raketen in entsprechender Weise zu beschränken. Das bedeutet: Der Verzicht auf die Modernisierung wäre bei entsprechendem Entgegenkommen der Sowjetunion möglich. Kanzler Schmidt hat deutlich gemacht, daß die sogenannte Null-Lösung von unserer Seite aus von vornherein jedenfalls nicht ausgeschlossen wird.

Nun befürchtet die Sowjetunion, daß sie durch die **Verbindung zwischen Modernisierung** einerseits und **Rüstungskontrollverhandlungen** andererseits in ein bestimmtes Dilemma hineinkommt: sie kann nämlich nun nicht mehr wie in der Vergangenheit auf Zeit spielen; diese Möglichkeit ist ihr genommen.

Anders gesagt: Es gibt keine Fortschritte bei Verhandlungen, wenn die Sowjetunion keine entsprechenden Vorschläge unterbreitet, die für uns akzeptabel sind. So ist es erklärlich, daß die Sowjetunion sich außerordentlich viel Mühe gibt, diesen von uns hergestellten Zusammenhang aufzulösen. Das hat die weitere Konsequenz, daß sie bemüht ist, den bevorstehenden Beschluß des Bündnisses zu verhindern.

Dies ist für mich unter anderem ein Grund mehr, gegen ein Moratorium zu sein; denn die Chance für Rüstungskontrollmaßnahmen würden nicht verbessert, sondern verschlechtert. Wir würden nur wichtige Zeit verlieren, denn die Sowjetunion würde sicherlich darauf abzielen, Zeit zu gewinnen. Ich frage mich: Wo soll da eigentlich der Fortschritt sein?

Leider muß man feststellen, daß Vorleistungen von der Sowjetunion in der Vergangenheit nie sonderlich honoriert worden sind. Die B-1-Bomber der Amerikaner und die Neutronenwaffe sind beredte Beispiele dafür. Obwohl die Sowjetunion um das Problem wußte, hat sie dennoch den Backfire-Bomber gebaut, um nur ein Beispiel hinzuzufügen.

Es wäre daher konsequent, wenn diejenigen, die für ein Moratorium plädieren, von vornherein sagten, daß sie auf diesen Zusammenhang verzichten und die Gespräche so weitergeführt werden sollten wie bisher.

Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß wir beispielsweise acht Jahre brauchten, um zu einem SALT-

Abkommen zu kommen, und daß über MBFR jahrelang Verhandlungen geführt worden sind, ohne daß sonderliche Ergebnisse erzielt worden sind. Ich denke, daraus muß man Konsequenzen ziehen.

Aus alledem komme ich zu dem Ergebnis, daß der NATO-Beschluß gefaßt werden muß. Dabei geht es nicht nur um die Schließung der Raketenlücke. Es geht auch darum, daß das Bündnis deutlich machen muß, daß es zu anstehenden notwendigen Entscheidungen überhaupt noch fähig ist. Dies müssen wir jetzt unter Beweis stellen. Täten wir es nicht, so würden wir wichtige Elemente unserer Sicherheit überhaupt in Frage stellen.

Dabei will ich auch nicht übersehen, daß die Stationierung frühestens in drei Jahren möglich sein würde. Ich gehe sogar davon aus, daß der Zeitraum von drei Jahren überschritten werden wird. Aber in dieser Zeit – das wird doch wohl akzeptiert werden können – sind viele Verhandlungsrunden möglich. Dann wird deutlich werden, welche Absichten die Sowjetunion tatsächlich verfolgt.

Ich glaube nicht, daß die Regierung der Sowjetunion einen Krieg anstrebt. Ich will das hier in aller Deutlichkeit sagen. Aber wir wissen natürlich nicht, wie die Führung in der Nach-Breschnew-Zeit einmal denken wird. Kein Mensch von uns kann das voraussagen.

Es kommt folgendes hinzu: Die westlichen Staaten könnten durch die vorhandene Lücke in ihrer Verteidigungsfähigkeit eines Tages politisch erpreßbar werden. Ich frage alle: können wir das wollen? Natürlich nicht! Aber wenn wir das nicht wollen, dann müssen wir den Mut zu den notwendigen Konsequenzen haben.

Die Sowjetführung kennt seit langem unsere Befürchtungen in Sachen SS-20. Es ist mit ihr darüber geredet worden; unsere Argumente sind ihr bekannt. Ich frage mich: was hat eigentlich die Sowjetunion dazu geführt, aus dem Wissen in bezug auf unsere Positionen und Befürchtungen nicht die notwendigen Konsequenzen zu ziehen? Sie hat das nicht getan. Weil das so ist, sind wir zu dem Modernisierungsbeschluß gezwungen.

Ich möchte an dieser Stelle die Hoffnung aussprechen, daß die Nachrüstung nicht notwendig werden wird. Ich will in aller Deutlichkeit hinzufügen: der Wille auf unserer Seite ist dazu vorhanden. Nunmehr ist die Sowjetunion am Zuge. Wir hoffen, daß ihre Entscheidung vom Mut zur politischen Vernunft diktiert sein möge.

Tagesordnungspunkt:

Die Lage im Iran

(Drucksachen 829 und 830)

Berichterstatter: Abg. Grieve

Tagesordnungspunkt:

SALT II und seine Bedeutung für die europäische Sicherheit

(Drucksache 816)

Berichterstatter: Abg. Cook

Entschließung 64

betr. das SALT II-Abkommen und seine Auswirkung auf die Sicherheit Europas

Die Versammlung

(i) ist sich ihres Mandats bewußt, das ihr der Brüsseler Vertrag als der einzigen parlamentarischen Versammlung Europas verleiht, die laut Statut für Verteidigungsangelegenheiten zuständig ist;

(ii) hat sich eingehend mit den SALT II-Texten und den dazugehörigen vereinbarten Erklärungen und gemeinsamen Absprachen sowie dem Bericht, den die Regierung der Vereinigten Staaten den Senatsausschüssen vorgelegt hat, befaßt;

(iii) stellt fest, daß die Abkommen keine Auswirkung auf die britischen und französischen Nuklearstreitkräfte haben können, die beide einen bedeutenden Beitrag zur nuklearen Abschreckungskraft des Bündnisses leisten, und daß die Abkommen der gegenseitigen Unterstützung zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Bündnispartnern im Bereich der Herstellung von Kernwaffen keinerlei Beschränkungen auferlegen;

(iv) bedauert, daß es im Rahmen von SALT II nicht möglich gewesen ist, ein Einvernehmen über bedeutende gegenseitige Verringerungen bei den strategischen Offensivwaffen aller Gattungen zu erzielen;

(v) vertritt jedoch die Ansicht, daß die von dem SALT II-Abkommen angestrebte weitgehende Parität in allen Kategorien der strategischen Offensivwaffen die Stabilität der gegenseitigen Abschreckung verstärken wird und keinen einseitigen Vorteil für die Sowjetunion erbringen kann;

(vi) zieht daher den Schluß, daß die SALT II-Abkommen die Sicherheit Europas und des Atlantischen Bündnisses verstärken dürften und in keiner Weise die Glaubwürdigkeit der strategischen Abschreckungskraft der Vereinigten Staaten verringern werden;

(vii) behält sich vor, ihre Haltung gegenüber den SALT III-Verhandlungen in einem künftigen Bericht darzulegen;

BEAUFTRAGT IHREN PRÄSIDENTEN,

den Text der vorliegenden Entschließung und den entsprechenden Bericht des Ausschusses für Verteidigungs- und Rüstungsfragen an den Präsidenten

und alle Mitglieder des Senats der Vereinigten Staaten zu übermitteln;

bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß der Senat der Vereinigten Staaten die Ratifizierung des am 18. Juni 1979 in Wien unterzeichneten Vertrages über die Begrenzung von Offensivwaffen ohne Änderungsantrag billigt.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des amtierenden Ratsvorsitzenden und luxemburgischen Außenministers Gaston Thorn

Tagesordnungspunkt:

Die Arktis-Technologie

(Drucksache 822)

Berichterstatter: Abg. Dr. Freiherr Spies von Büllesheim

Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Schon immer waren die Polarregionen Gegenstand allgemeinen Interesses, aber mehr des Interesses der Entdecker. Die Polarregionen waren geheimnisvoll. Wir alle erinnern uns aus unserer Kinderzeit an die Abenteuer der großen Polarforscher Amundsen und Scott. Der Mensch wollte einfach seine Welt ganz kennenlernen, auch diese geheimnisvollen Polarregionen.

Natürlich fanden diese einzigen noch unverteilten Gebiete der Welt auch das Interesse der Nationen. Aber die Polarregionen waren auch stets eine Herausforderung an den Menschen, an sein Durchstehvermögen, an seine Kraft, an seine Intelligenz, an seinen Erfindungsgeist und auch an seine seelische Kraft, die Entbehrungen einer Polarregion ertragen zu können.

Geheimnisse wurden bei diesen vielen Entdeckungsreisen nicht gefunden und Werte eigentlich auch nicht. Es wurde erkannt, welche enormen technischen Schwierigkeiten einer Entwicklung und Erforschung der Polarregionen entgegenstanden. Deswegen ging – verglichen mit anderen Regionen, insbesondere den Landregionen dieser Welt – die Erforschung der Polarregionen nur langsam voran.

Das Geophysikalische Jahr 1957/58 war dann ein besonderer Anstoß, sich der Polarregionen anzunehmen. Die Kräfte der Nationen, die durch den Zweiten Weltkrieg geschwächt worden waren, waren wieder soweit erholt, daß man sich auch Problemen außerhalb des eigenen Landes verstärkt annehmen konnte. Die technischen Möglichkeiten hatten sich im Zweiten Weltkrieg enorm verändert. Das Flugzeug, der Hubschrauber, der Funkverkehr, die Kernenergie als Antrieb von Schiffen, all das hatte sich entwickelt oder war absehbar. Bei dem Gegensatz zwischen West und Ost wurden auch die militärischen Aspekte wieder bedeutsamer.

Schließlich dämmerte zu Beginn der sechziger Jahre schon die Erkenntnis, daß der Mensch heute in dieser modernen Welt zwar sehr gut lebt, daß er aber eine enorme Fülle von Rohstoffen und Energien für sein Leben benötigt und daß man auf die Dauer vielleicht Rohstoffe, Energie und auch Lebensmittel – Eiweiß – aus diesen Polarregionen holen könnte. Das schließlich hat das Interesse aller Nationen stimuliert.

Meine Damen und Herren, als ich den Auftrag erhielt, für den Technologieausschuß den Bericht über die Polartechnologie zu übernehmen, da wußte ich, daß die Arktis im Norden und die Antarktis im Süden liegt, da wußte ich eben etwas von Amundsen und von Scott. Ich hatte ein grobes geographisches Bild, aber sonst war ich ohne Kenntnisse. Ich unterstelle einmal, daß Sie alle gebildeter sind als ich. Aber ich glaube, man sollte doch in ein paar Sätzen einmal die Gegebenheiten deutlich machen und die Grunddaten in Erinnerung rufen.

Die Arktis, also die nördlichen Polarregionen, läßt sich mit wenigen Stichworten grob beschreiben: Es ist eine schwimmende Eismasse, die im Sommer auf die Hälfte zurückgeht. Diese schwimmende Eismasse ist von den großen Kontinenten Amerika und Eurasien umgeben. Es gibt dort Tundragebiete, die baumlos sind. Wir haben in der Arktis relativ klare nationale Grenzen, die aber normalerweise durch die See verlaufen. Wir haben in diesem Bereich nur zwei Landgrenzen, einmal zwischen Amerika und Kanada und zum anderen zwischen Finnland und der Sowjetunion.

Die Vereinigten Staaten haben dort ihre Provinz Alaska; bis vor wenigen Jahrzehnten hatte sie nur 50 000 Einwohner. Die Stichworte: riesige Öl- und Gasvorkommen, auch sonst Rohstoffvorräte, die berühmte Transalaska-Pipeline.

In Kanada haben die North-West-Territories und Yukon, die in die Arktis fallen, insgesamt nur 22 000 Einwohner. Auch hier gibt es erhebliche Rohstoff- und Energievorräte, die noch nicht angegriffen sind oder deren Ausbeute gerade begonnen hat.

Grönland: 39 000 Einwohner, seit 1979 autonom, aber unter der Souveränität von Dänemark.

Norwegen: 450 000 Einwohner in den drei arktischen Provinzen. Hier gibt es die Besonderheit des norwegischen Territoriums Spitzbergen, welches in einem Vertrag von 1920, den 31 Signatarstaaten unterzeichnet haben, zwar Norwegen zugesprochen blieb; es darf dort kein Militär stationiert werden. Sonst ist das Gebiet aber für jede Aktivität der 31 Unterzeichnerstaaten – sei es Bergbau, sei es Forschung – offen; so betreibt die Sowjetunion in Barentsburg eine große Kohlenmine. Öl ist dort noch nicht gefunden worden.

Dann das riesige arktische Gebiet der Sowjetunion mit 700 000 Einwohnern. Auch dort werden Öl und Gas vermutet. Die Sowjetunion versucht, diese Vorkommen auszubeuten. Sie versucht auch, die Japaner und die Amerikaner dafür zu interessieren.

Schließlich geographisch noch in der arktischen Region, aber nicht eigentlich dazugehörend, Island.

Anders die Verhältnisse in der Antarktis. Hier haben wir nicht wie bei der Arktis eine schwimmende Eismasse, sondern eine große Landmasse, Eis in einer Dicke von 2- bis $4^{1}/_{2}$tausend Meter. Diese Landmasse hat große, sehr aufgerissene steile Gebirge mit tiefen Tälern. Die Antarktis hat überhaupt keine permanenten Bewohner. Zwar haben eine Reihe von Staaten Teile der Antarktis in Anspruch genommen. Aber diese Teile haben niemals – jedenfalls nicht durchgehend – Bewohner gehabt. Die Antarktis ist also ein riesiger unbewohnter Kontinent, weit von anderen Kontinenten entfernt; das nächste Landgebiet ist Kap Horn, 950 km entfernt.

Das ist das Gebiet, über das sich die Staaten mit ihren nationalen Interessen noch einigen konnten. 1959 wurde daher der **Antarktis-Vertrag** auf 30 Jahre geschlossen. Er unterscheidet zwei Arten von Mitgliedern, die Signatarstaaten und die Konsultativmitglieder. Der engere Kreis der Konsultativmitglieder besteht nur aus solchen Staaten, die dort auch ein Forschungslaboratorium unterhalten. Konsultativmitglieder sind Argentinien, Australien, Chile, Frankreich, Neuseeland, Norwegen, das Vereinigte Königreich, Japan, Südafrika, Polen, die UdSSR und die Vereinigten Staaten; die Bundesrepublik Deutschland ist am 5. Februar 1979 als Konsultativmitglied beigetreten und wird mit einer Investition von 100 Millionen DM – man sieht daran die enormen Größenordnungen, die notwendig sind – eine antarktische Versorgungsstation errichten und ein Versorgungsschiff bauen.

Der Antarktis-Vertrag ist insofern eine Einmaligkeit, als sich auch die Supermächte, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, einer allgemeinen Inspektion ihrer Aktivitäten in der Antarktis unterworfen haben. Es wird also kontrolliert, ob die Verpflichtung eingehalten wird, daß in der Antarktis keinerlei militärische Aktionen stattfinden und keine militärischen Anlagen gebaut werden dürfen. Es wird auch kontrolliert – das kann von jedem Staat kontrolliert werden –, daß dort keine Nuklearversuche erfolgen und auch kein radioaktives Material gelagert wird.

Im übrigen läßt der Antarktis-Vertrag alle von den Staaten einmal in Anspruch genommenen Rechte bestehen. Es wird ausdrücklich gesagt, daß weder eine Verneinung noch eine Unterstützung solcher Rechte erfolgt und daß durch den Antarktisvertrag keine neuen Rechte begründet werden.

Heute würde der Abschluß des Antarktis-Vertrages, der vor 20 Jahren erfolgt ist, wahrscheinlich nicht mehr möglich sein, da man heute weiß oder jedenfalls annimmt, daß in der Antarktis enorme Rohstoffpotentiale liegen, nach einer Schätzung der Vereinigten Staaten allein 45 Mrd. Barrel Öl, die allerdings sehr schwer zu gewinnen sind.

Bedeutung hat der berühmte Krill erlangt, dieser kleine 4 cm lange, 1,2 g schwere kleine Krebs, der eine wichtige Eiweißgrundlage sein könnte.

Die Antarktis könnte für Industrien interessant sein, die sauberes Wasser und eine reine Umwelt benötigen.

Die Antarktis hat aber auch deshalb unser ganzes Interesse, weil sie das einzige völlig intakte große Ökosystem dieser Welt ist. Deswegen sind auch alle Staaten daran interessiert – ich nenne das Stichwort Klimaveränderungen –, dieses große Ökosystem zu erhalten. Es ist nicht abzusehen, welche Wirkungen eintreten würden, wenn dieses Ökosystem zerstört würde.

Aber es gibt in der Antarktis natürlich wie überall auf der Welt auch Probleme. Zwar kann man heute absehen, daß bei den enormen Aktivitäten der Industrieländer die Antarktis im Jahre 2000 völlig erforscht sein wird. Aber der Antarktis-Vertrag aus dem Jahre 1959 hat z. B. keine Offshore-Regelung. Die Staaten sind sich also nicht darüber klar, wer denn nun berechtigt sein soll, außerhalb der Landmasse zu bohren oder sogar Öl zu gewinnen, und ob überhaupt ein solches Recht besteht.

Beim Krill, diesem kleinen, aber massenhaft vorhandenen Krebs besteht die Gefahr, daß er überfischt werden könnte. Er ist eine wesentliche Grundlage der langen Nahrungsmittelkette, die über viele Fischarten bis zum Wal geht. Welche Folgen würde es für das Ökosystem haben, wenn der Krill überfischt würde? 1978 haben sich die Signatarstaaten in der Antarktis-Konferenz leider nicht auf eine Regelung einigen können, wie der Krill nun zu befischen sei. Selbst wenn man zu einem Übereinkommen kommt, entsteht die Frage, wer die Einhaltung dieses Übereinkommens kontrollieren soll. Die Signatarstaaten und vor allen Dingen der engere Kreis der Konsultativstaaten sind nicht ohne weiteres damit einverstanden, daß Nationen, die dem Vertrag nicht beigetreten sind, über die Vereinten Nationen bestimmenden Einfluß gewinnen.

Schließlich wissen wir alle – und das ist das Bedeutendste –, daß die Internationale Seerechtskonferenz, die seit Jahren im Gange ist, vor großen Schwierigkeiten steht. Wir müssen befürchten, daß diese Seerechtskonferenz den Antarktisvertrag durch allgemeine Regelungen unterlaufen könnte.

Auf die militärischen Aspekte der Arktis und der Antarktis will ich hier nicht eingehen, weil der Verteidigungsausschuß einen besonderen Bericht dazu vorlegen wird. Ich will angesichts der fortgeschrittenen Zeit auch keine ergänzenden Bemerkungen dazu machen, nur die: Der Antarktis-Vertrag ist ein ziviler Vertrag, aber auch ein militärischer Vertrag, nämlich ein antimilitärischer Vertrag, ein Antirüstungsvertrag, ein „Friedensvertrag". Wenn über die wirtschaftlichen Interessen der Nationen in der Seerechtskonferenz der Antarktis-Vertrag unterlaufen würde, dann wäre er auch in seinen militärischen Teilen nicht mehr wirksam, und das kann nicht unser Interesse sein.

Die Antarktis – ich habe es erwähnt – stellt große Anforderungen an den Menschen, an seinen Körper, an seinen Verstand, man könnte fast sagen: an seine Seele. Man braucht nur die Bücher der Menschen zu lesen, die dort monatelang im Schnee in Einsam-

keit und ungeheurer Kälte leben mußten. Aber es gibt auch konkrete **technologische Aspekte,** so z. B. die Schwierigkeiten des Transports und der modernen Eisbrecher, die insbesondere in der Arktis entwickelt worden sind. Es gibt eine Reihe von Projekten, wie man Eisbrecher nach ganz neuen Systemen bauen könnte.

In der Antarktis wird gleichzeitig Material erprobt und wird Ozeanographie, Klimaforschung und Erforschung der Meeresströmungen betrieben.

Aber das Wichtigste ist natürlich das, woran alle Staaten arbeiten: Sie arbeiten an den Grundlagen für eine neue Drilltechnik, die es ermöglichen würde, durch schwimmendes oder sich auf einer Landmasse bewegendes Eis Bohrungen über 2000, 3000 m tief hindurchzutreiben bis in die Ölvorkommen. Das ist ein fast unlösbar erscheinendes Problem. Aber wenn man die Fortschritte betrachtet, ist man erstaunt, wie weit man auch in dieser Technik bereits gekommen ist. Man muß sich die Probleme vorstellen. Da ist Eis, das einfach mit keiner Kraft dieser Welt gehalten werden kann, riesige Eisberge, die unkontrolliert schwimmen und schwer abzudrängen sind. Außerdem würden sich, selbst wenn man die Bohrungen bis zum Öl vorgetrieben hätte, die unglaublichen Schwierigkeiten des Abtransportes ergeben, die wir beim Bau der Alaska-Pipeline, die schließlich über Land, über Tundragebiete geht, erlebt haben. Die Antarktisforschung ist nicht nur mit ihren menschlichen, sondern auch mit ihren technologischen Aspekten eine Herausforderung für die Menschheit.

Meine Damen und Herren, Herr Präsident, ich komme zum Schluß. Wenn man die beiden Polarregionen einmal betrachtet, stellt man fest, daß die Arktis verteilt ist – sie ist in einem gewissen Umfang besiedelt –, während die Antarktis noch ein relativ unberührter Kontinent ist. Die Antarktis ist nicht so in das Kräfteverhältnis eingebunden. Die Antarktis ist weit von den Supermächten entfernt. Die Antarktis hat keine eigene mit den Menschen verbundene Geschichte.

Wir haben für die Antarktis diesen Antarktis-Vertrag, den wir erhalten, fördern und ausbauen sollten. Das Ziel sollte, so wie es der Antarktis-Vertrag sagt, ein riesiger Kontinent ohne Militär sein, ein riesiger Kontinent, auf dem die Nationen in der Wissenschaft und Forschung zusammenarbeiten, in dem die Menschen vielleicht Nahrungsmittel, Rohstoffe und auch Energie gewinnen, dessen Ökosystem aber trotzdem als Ganzes erhalten bleiben sollte. Dabei müssen wir europäischen Staaten zusammenarbeiten, weil wir auch hier ein gemeinsames Interesse haben. Darin sind sich die Signatarstaaten – und das sind die meisten der Staaten, die in dieser Versammlung vertreten sind – und die Konsultativstaaten einig. Wir sollten hier eine gemeinsame europäische Position einnehmen.

Daher bitte ich die Versammlung, die Empfehlung zu verabschieden, die wir Ihnen auf Drucksache 822 auf der zweiten Seite unterbreitet haben. Sie läuft letztlich darauf hinaus, daß die europäischen Staaten auch auf diesem Gebiet mehr als bisher zusammenarbeiten, daß sie in den Antarktis-Konferenzen eine gemeinsame Position beziehen und daß sie gemeinsam darauf hinwirken, daß dieser in der modernen Geschichte einmalige Antarktis-Vertrag jedenfalls in seiner Grundsubstanz erhalten bleibt.

Dr. Enders (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich beglückwünsche Herrn Spies von Büllesheim zu seinem guten Bericht, der nicht nur die Vorstellungen der europäischen Parlamentarier, sondern auch die der europäischen Wissenschaft und Wirtschaft erneut auf die beiden Regionen an den Polen unserer Erde lenken wird. Der grundlegende Unterschied zwischen beiden Gebieten, nämlich daß die Antarktis eine Landmasse, ein Kontinent und die Arktis ein zugefrorenes Meer mit 6 bis 10 m Eisdicke ist, läßt auf die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten schließen. Außer der Gewinnung von Bodenschätzen bieten sich dort **Verkehrslinien** an, die hinsichtlich der kürzeren Entfernung zwischen den Erdteilen große Vorteile aufweisen, aber auch auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Auf letztere möchte ich besonders hinweisen und sie noch in die Debatte einbringen.

Es sind rund hundert Jahre vergangen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, seitdem der Norweger Nordenskjöld auf einer dreijährigen Forschungsfahrt Sibirien zum erstenmal mit dem Schiff im Norden umfuhr und somit die Möglichkeit der Benutzung der West-Ost-Passage nachwies. Dieser Seeweg – er ist nur in den Sommermonaten zu benutzen – wird durch den Einsatz von modernen Eisbrechern zu einer Verbindung, die über den binnenrussischen Verkehr hinaus ein wichtiger Transportweg geworden ist und mehr und mehr an Bedeutung gewinnt. Es werden auf diesem Weg Handelsgüter, sowohl solche, die aus Sibirien stammen, als auch solche, die in das Landesinnere transportiert werden sollen, umgeschlagen.

Das Gegenstück zu dem nördlichen Weg um die alte Welt ist die Ost-West-Passage im Norden Kanadas und Alaskas. Dort ist ebenfalls der Nachweis der Schiffbarkeit – allerdings unter schwierigeren Bedingungen – erbracht worden. Dennoch sind schon Pläne aufgetaucht, das Alaska-Öl auf diesem Wege in schwimmenden Behältern unter der Meeresoberfläche zu transportieren. Gezogen wurden diese Tanks von U-Booten, deren Verwendbarkeit für diese Aufgabe unter dem Polareis bereits erprobt wurde.

Für die Fluggesellschaften führt der kürzeste Weg von Mittel- und Nordeuropa nach Ostasien über den Pol. Die technischen Schwierigkeiten konnten überwunden werden, so daß diese Route heute zum Alltag gehört. Was für die Zivilluftfahrt gilt, gilt aber auch für den militärischen Bereich. Hier grenzen die Machtblöcke praktisch aneinander, und daher stehen hier auch die Waffen gegeneinander. Von der Sowjetunion sind atomare Versuche auf Nowaja Semlja bekannt. Es wird dies nicht der einzige Ort sein, an dem Raketenstellungen installiert wurden.

Ich will auch auf die klimatischen Auswirkungen der Polkappen eingehen. Von diesen Kältekellern

der Erde gehen nicht nur Minustemperaturen, sondern auch Meeresströmungen und Einflüsse auf die Luftfeuchtigkeit aus. Pläne zur Nutzung der Eisberge als Süßwasserreservoir oder zur Bewässerung trockener Gebiete eröffnen nicht nur utopische Aspekte. Daher richtet sich mein Appell auch an die Staaten Europas, auf eine bessere Zusammenarbeit in der Forschung und in der Entwicklung der Ressourcen in den Polgebieten und auf deren verkehrsmäßige Erschließung hinzuwirken.

Schlußwort des Berichterstatters:

Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich bei den Kollegen Vattekar von Norwegen, Hardy und Enders für die gegebenen Ergänzungen.

Der Beobachter aus Norwegen hat ganz besonders darauf hingewiesen, daß in der Arktis die verlangte Zusammenarbeit nur dann möglich ist, wenn der jeweilige Staat, der die Souveränität innehat, also einer der arktischen Staaten, damit einverstanden ist, daß also eine Kooperation erfolgt. Das ist selbstverständlich, und das wird auch in meinem Bericht zum Ausdruck gebracht.

Herr Hardy wünscht, daß in der Empfehlung die Bezugnahme auf die Eisbrechertechnologie gestrichen werden soll. Dies sollte aber gerade ein Hinweis darauf sein, daß es eine ganze Reihe von arktischen Technologien gibt, die nicht nur in der Antarktis, sondern auch in der Arktis gemeinsam entwickelt und betrieben werden können, ohne daß dadurch Souveränitätsrechte verletzt werden. Ich bin aber, um das schon vorwegzunehmen, durchaus mit dem Vorschlag des Kollegen Hardy einverstanden, in der Ziffer 1 die Bezugnahme auf die Eisbrechertechnologie dennoch entfallen zu lassen.

Ich wollte aber erklären, daß gerade das, was in der Stellungnahme des norwegischen Vertreters zum Ausdruck kam, der Grund war, dies aufzunehmen. Es sollte aufgezeigt werden, daß es eine ganze Reihe von Möglichkeiten der Zusammenarbeit gibt, bei denen Souveränitätsrechte nicht berührt werden. Wir haben ja von dem Kollegen aus Norwegen gehört – das wird einem auch klar, wenn man sich mit den Unterlagen befaßt –, daß gerade die arktischen Staaten daran interessiert sind, mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten und diese Zusammenarbeit auf eine breitere Basis zu stellen.

Der Kollege aus Norwegen war der Meinung, daß es für eine Zusammenarbeit der Staaten der WEU noch zu früh sei. Ich teile diese Meinung nicht. Es wurde darauf hingewiesen, daß sich im Augenblick ein Komitee der arktischen Staaten formiert, welches die Interessenten zusammenführen soll. Gerade diese Tatsache zeigt, daß hier noch Organisationsnotwendigkeiten vorhanden sind. Aus anderen Bereichen wissen wir, daß, wenn eine solche Zusammenarbeit nicht eine formale Bindung hat, ein Problem sehr leicht von mehreren Staaten zugleich untersucht wird. Wir kommen sehr viel schneller weiter, wenn wir auch im Bereich der polaren Technologien zusammenarbeiten. Darum möchte ich an dieser Empfehlung festhalten.

Herr Kollege Hardy hat bedauert, daß in der Empfehlung die Seerechtskonferenz angesprochen worden ist. Er ist der Ansicht, die Seerechtskonferenz habe bisher auf den antarktischen Vertrag überhaupt noch nicht Bezug genommen; sie berühre ihn auch nicht und wolle ihn auch nicht berühren. So habe ich jedenfalls den Kollegen Hardy verstanden. Herr Kollege Hardy, wenn das Ihre Meinung sein sollte, dann muß ich Sie in diesem Punkte leider berichtigen. Ich habe mich mit den Problemen und Beratungen der Seerechtskonferenz befaßt.

Es ist zwar richtig, daß der antarktische Vertrag kein besonderer Beratungsgegenstand der Seerechtskonferenz war. Aber er ist immer genannt und ausgeklammert worden. Man hat die Auffassung vertreten, man müsse sich erst einmal über die akuten Probleme – off-shore – einig sein. Man wolle sich erst dann mit dem Antarktis-Vertrag beschäftigen, wenn man ein Konzept für die Vereinbarungen habe. Dann wolle man auch die Frage prüfen, wie sich das eine in das andere einfüge. Dann könnte es z. B. auch sein, daß für das antarktische Gebiet die off-shore-Regelung – im Antarktis-Vertrag ist das ja nicht geregelt – aus den allgemeinen Regelungen der Seerechtskonferenz übernommen wird. Wenn das aber so kommen würde, dann könnte der Antarktis-Vertrag durch die allgemeinen Regelungen der Seerechtskonferenz unterlaufen werden.

Ich bin also der Meinung, daß die Bezugnahme auf die Seerechtskonferenz notwendig ist. Gerade die Staaten der Westeuropäischen Union sollten ein besonderes Interesse daran haben, daß dieser Antarktis-Vertrag unberührt bleibt.

Herr Hardy hat darauf hingewiesen, daß in dem Bericht nichts über die besonderen Besorgnisse bezüglich des Bestandes an Walfischen gesagt sei. Vielleicht haben Sie die betreffende Stelle in dem Bericht überlesen; aber ich habe auch in meiner Rede gesagt, daß der Krill in der ganzen Nahrungsmittelkette eine besondere Bedeutung hat; damit hat er auch für das Überleben des Wals eine besondere Bedeutung.

Herr Kollege Hardy, Sie bezweifelten, ob es richtig war, Arktis und Antarktis zusammen in einem Bericht zu behandeln. Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, daß die Arktis ein schwimmender Eisberg ist, während die Antarktis eine Landmasse ist. Beide Regionen haben jedoch sehr viele Gemeinsamkeiten. Sie bestehen beide aus sich bewegendem Eis. Beides sind Polarregionen. Beides sind die Kältekeller der Welt. Die technologischen und wissenschaftlichen Probleme stellen sich bei beiden gleich.

Ich bin also nachdrücklich der Auffassung, daß ein Bericht über die technologischen Aspekte beide Regionen erfassen muß. Die Erfahrungen aus beiden Regionen sind gleich.

Herr Kollege Enders, ich möchte mich ausdrücklich für Ihre ergänzenden Ausführungen bedanken. Sie waren teilweise auch für mich interessant. Ein Berichterstatter steht aber immer vor dem Problem, darauf zu achten, daß der Bericht nicht zu umfang-

reich wird. Er muß sich immer die Frage stellen, was er weglassen kann.

Herr Präsident, darf ich noch kurz zu den Änderungsanträgen Stellung nehmen; zum Teil habe ich sie schon berührt.

Nach dem Änderungsantrag Nr. 1 des Kollegen Hardy sollen in dem § 1 die Worte „für ein weitgespanntes Programm der Zusammenarbeit in Westeuropa" entfallen. Ich bin der Meinung, daß diese Worte erhalten bleiben sollten. Sie haben ihren Sinn. Ich kann nicht erkennen, warum diese Worte gestrichen werden sollen.

Auf den Änderungsantrag Nr. 2 habe ich bereits Bezug genommen. Es wird hier vorgeschlagen, die besondere Bezugnahme auf die Eisbrecher entfallen zu lassen. Ich gebe Ihnen recht, daß dies ein ganz kleines Teilproblem des riesigen Gebietes der arktischen Technologie ist. Ich würde empfehlen, den Änderungsantrag Nr. 2 anzunehmen.

Nach dem Änderungsantrag Nr. 3 soll in § 2 a der Hinweis auf die Zusammenarbeit bei der Erarbeitung von gemeinsamen Richtlinien gestrichen werden. Dazu habe ich schon bei dem Änderungsantrag Nr. 1 Ausführungen gemacht. Bei dem Änderungsantrag Nr. 3 handelt es sich praktisch um einen Begleitantrag zum Änderungsantrag Nr. 1. Ich würde empfehlen, auch diesem Antrag nicht zu folgen. Ich halte es für wesentlich, Richtlinien für die Zusammenarbeit zu erstellen.

Der Änderungsantrag Nr. 4 von Herrn Hardy bringt eine gute Ergänzung. Er greift die Ziffer 46 des Berichtes auf, in der darauf hingewiesen wird, daß die Konsultativstaaten sich nicht haben einigen können über die Konvention zur Erhaltung von Fischen und antarktischem Meeresleben. Ich glaube, es wäre eine gute Ergänzung, wenn Ihre Formulierung als § 2 b in die Empfehlung aufgenommen würde.

Dagegen bin ich der Meinung, daß aber auch der Inhalt des bisherigen § 2 b – der Hinweis auf die Seerechtskonferenz – erhalten bleiben sollte. Ich halte das für besonders wichtig.

Ich würde also vorschlagen, die von Herrn Kollegen Hardy vorgeschlagene Fassung als § 2 b in die Empfehlung aufzunehmen. Der bisherige § 2 b würde dann § 2 c, und der bisherige § 2 c würde § 2 d.

Empfehlung 343

betr. die Arktis-Technologie

Die Versammlung

ist der Auffassung, daß die Völker der Welt unter gebührender Berücksichtigung der politischen, technologischen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen zu Recht die Nutzung der natürlichen Ressourcen der Erde untersuchen;

ist sich bewußt, daß die Entscheidungen über die Erforschung und Nutzung erst getroffen werden können, wenn Lösungen für die menschlichen und technologischen Probleme in den Polargebieten gefunden worden sind;

ist sich der nachhaltigen Bemühungen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten in diesem Bereich bewußt, während die westeuropäischen Länder, trotz ihres frühen Beginns und ihrer großen Erfahrung mit Polartechnologie in der Vergangenheit, nur mangelnde Fortschritte aufweisen können;

ist davon unterrichtet, daß die WEU-Mitgliedsländer, im Rahmen des Vertrages über die Antarktis und in bestimmten Sonderbereichen mit den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bereits zusammengearbeitet haben, und würde Hilfe und Unterstützung von diesen Ländern sowie eine engere Verbindung zwischen der UdSSR, den Vereinigten Staaten und den WEU-Mitgliedsländern in diesem Tätigkeitsbereich begrüßen;

ist der Auffassung, daß mehrere europäische Länder und Industrien durch ihre Zusammenarbeit große Erfahrungen in den verschiedenen Aspekten der „off-shore"-Technologie gewonnen haben;

ist der Auffassung, daß der Vertrag über die Antarktis ein ausgezeichnetes Beispiel für einen wirksam angewandten Vertrag zur Gewährleistung und Verifizierung einer waffenfreien Zone und deshalb für die WEU-Mitgliedsländer von wesentlicher Bedeutung ist;

verweist auf den gegenwärtigen Stand der Seerechtskonferenz und deren möglichen Abschluß Anfang der 80er Jahre,

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. die Aufmerksamkeit der Regierungen der Mitgliedstaaten auf die Notwendigkeit eines weitreichenden Programms der Zusammenarbeit in Westeuropa zu lenken, damit die Arktis-Technologie entwickelt wird;
2. die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern:
   a) zu gewährleisten, daß Europa bei der Entwicklung der Polargebiete seine Rolle spielt;
   b) den Entwurf einer Konvention über die Erhaltung der lebenden Meeresressourcen in der Antarktis zu begrüßen und zu unterstützen;
   c) alles zu unternehmen, um sicherzustellen, daß der Inhalt des Vertrags über die Antarktis auf der Seerechtskonferenz nicht geändert, verzerrt oder vorzeitig beendet wird, damit ein wichtiger Vertrag erhalten bleibt, der die Verifizierung eines waffenfreien Gebiets gewährleistet und ermöglicht;
   d) auf den Tagungen der Mitgliedstaaten des Vertrages über die Antarktis in bezug auf die Erforschung und Nutzung der Bodenschätze und Fischressourcen eine gemeinsame Position einzunehmen.

Donnerstag, 6. Dezember 1979

Tagesordnungspunkt:

Die brasilianisch-europäischen Gemeinschaftsunternehmen und die Folgen für Europa

(Drucksache 817)

Berichterstatter: Abg. Flämig

Flämig (SPD): Herr Präsident, ich möchte, wenn Sie mir gestatten, mit einer kleinen persönlichen Bemerkung beginnen. Ich bin sehr glücklich, fast auf den Tag genau zehn Jahre, nachdem ich den letzten Bericht hier in diesem Hause erstatten durfte, wieder Gelegenheit zu finden, hier zu sprechen, und zwar in Vertretung meines Kollegen Scheffler, der sich dafür entschuldigt, nicht anwesend zu sein.

Es handelt sich um die Abschnitte III und V des Ihnen vorliegenden Dokumentes 817.

In Abschnitt III wird die Entwicklung der **Raumfahrt in Brasilien** behandelt. Herr Scheffler bittet an dieser Stelle, allen brasilianischen Gesprächspartnern für die Bereitschaft zu offener Information zu danken.

In Brasilien gibt es seit 15 Jahren Weltraumaktivitäten mit Sonnenraketen und Abschußvorrichtungen in Natal. Es ist beabsichtigt, 1985 einen ersten kleinen Wettersatelliten zu starten. Wegen seiner Landwirtschaft und auf Grund seiner Struktur und Ausdehnung sowie seiner geographischen Lage muß Brasilien besonderen Wert auf qualifizierte Wettervoraussagen legen.

Darüber hinaus versuchen die Brasilianer, der Umweltverschmutzung im eigenen Land zu begegnen. Deshalb messen sie der Luftbildaufklärung besonderen Wert bei. Eine exakte Überwachung eines so riesigen Landes wie Brasilien ist auf andere Weise als durch Satellitenbeobachtung kaum möglich. Bis 1985 werden Informationen dieser Art vom NASA Landsat-Satelliten bezogen. Es ist beabsichtigt, später den französischen Satelliten Spot zur Erkundung von Erdressourcen zu benutzen. Darüber bestehen bereits Absprachen mit Frankeich.

Die technische Organisation der brasilianischen Raumfahrt ist an Hand der Graphiken auf den Seiten 12 und 13 des Ihnen vorliegenden Dokumentes übersichtlich dargestellt.

Bereits heute, Herr Präsident, beschäftigen sich rund 1000 Personen, wovon 400 einen Hochschulabschluß und 200 den Doktorgrad besitzen, mit dem Aufbau eines eigenen Satellitensystems. Die relativ hohen Haushaltsmittel von 30 bis 40 Millionen Dollar pro Jahr lassen erkennen, welch außerordentlicher Wert seitens der brasilianischen Regierung diesen Entwicklungsarbeiten beigemessen wird.

Man kann den Eindruck gewinnen, daß die Organisation aller mit der Raumfahrt befaßten Institutionen durchaus in der Lage ist, die gestellten Aufgaben zu bewältigen. Darüber hinaus sind sie bemüht, einen Stamm von Nachwuchswissenschaftlern mit Fragen der Raumfahrt vertraut zu machen.

Wie Ihnen allen bekannt ist, meine Damen und Herren, hat Brasilien auf dem Energiesektor besondere Probleme. Der Kollege Adriaensens hat im Abschnitt über Energiefragen darüber berichtet, auf welche Weise die Brasilianer den Engpaß bei der Ölversorgung beseitigen wollen. Umfangreiche Versuche mit zum Teil sehr positiven Ergebnissen werden angestellt für die Verwendung von Zuckerrohr und Manioc zur Produktion von Treibstoff. Deshalb verlangt die brasilianische Regierung die Entwicklung von Motoren, die auf Äthanol und andere Brennstoffe umgestellt werden können.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der unter V vorgelegte Bericht über den **Startplatz der Ariane** war für die Mitglieder des Ausschusses von ganz besonderem Interesse. Vielen von uns ist die Entwicklung und der Bau der Raketenstartanlagen in Kourou 1966 noch in Erinnerung. Ich hatte, Herr Präsident, damals die Gelegenheit, der Delegation der WEU in Kourou anzugehören.

Damals wurde die äquatoriale Startanlage der ELDO auf dem Gelände des französischen Raumfahrtszentrums in Guyana errichtet. Dabei waren alle für die Durchführung erforderlichen Anlagen und Einrichtungen berücksichtigt. Nach der Einstellung der Entwicklung der Europa-Trägerraketen gingen die Anlagen der Startanlage in Kourou auf ESA über. Auch die später der Ariane-Entwicklung angepaßten Anlagen sind in das Eigentum der ESA übergegangen.

Der Berichterstatter möchte die Finanzierung im einzelnen nicht darlegen. Es ist aber hervorzuheben, daß die Belastung für dieses Programm, das von der Agentur getragen wird – nämlich 700 Millionen Rechnungseinheiten – zu über 60 % bei Frankreich gelegen hat.

Der Ausschuß konnte sich an Ort und Stelle von der hervorragenden Lage des Raumfahrtzentrums und der Abschußbasis überzeugen. Die ideale Lage der Abschußbasis in der Nähe des Äquators und die Ausnutzung der Rotation der Erde garantieren eine optimale technische Lösung jedes Raketenstarts. Das heißt, daß größere Träger mit weniger Brennstoffaufwand in die Umlaufbahn gebracht werden können.

Französisch-Guyana hat keine großen Unterschiede zwischen Ebbe und Flut. Es gibt dort eine relativ stabile Wetterlage und außerdem eine geringe Bevölkerungszahl. Es herrscht dort kein nennenswert großer Luftverkehr und es gibt auch wenig nahegelegene Schiffahrtslinien. Das Gelände, das dem Raumfahrtzentrum zur Verfügung steht, ist 55 km lang und 25 km breit.

Dort waren nun im wesentlichen drei Aufgaben zu erfüllen. Erstens. Die notwendige logistische Unterstützung für den Start war zu garantieren. Wie bereits gesagt, sind alle notwendigen Grundeinrichtungen vorhanden. Zweitens. Alle technischen und elektronischen sowie optischen Einrichtungen für die Starts und für die Verfolgung des Fluges waren vorzubereiten und einsatzbereit zu machen. Drittens.

Es sind Vorbereitungen dafür getroffen, daß im Falle von Unfällen das Risiko klein gehalten oder ganz ausgeschlossen werden kann.

Der für November vorgesehene erste Start, der nunmehr am 15. Dezember stattfinden wird, findet natürlich großes öffentliches Interesse. Rund 600 Personen aus Frankreich und auch aus dem Lande selbst arbeiten am Startplatz. Über 50 Firmen aus den ESA-Mitgliedstaaten sind in irgendeiner Weise an der Fertigung der Trägerrakete beteiligt. Für die Beobachtung der Starts sind Telemetriestationen in Salinopolis, Radarstationen in Natal (Brasilien) sowie in Ascension Island und die Einrichtungen der NASA sowie des Verteidigungsministeriums der USA vorgesehen, so daß auch die dritte Stufe der Ariane einwandfrei beobachtet werden kann.

Die Tatsache, daß bereits jetzt das Vertrauen der Welt in die Solidarität des Unternehmens soweit gefestigt ist, daß der Auftrag vorliegt, Intelsat V mit dem Ariane-Träger in den Raum zu befördern, hat dem Selbstvertrauen der mit diesem Unternehmen beschäftigten Mannschaft einen außerordentlichen Auftrieb verliehen.

Fehler sind niemals ganz auszuschließen. Die Mitglieder des Ausschusses hatten aber den Eindruck, daß mit Sorgfalt und Präzision, mit einem geradezu fanatischen Eifer und dem guten Willen aller Beteiligten die besten Voraussetzungen für das Gelingen des Unternehmens gegeben sind. Es ist wohl nicht notwendig, Ihnen allen noch einmal deutlich zu machen, von welcher politischen und wirtschaftlichen Bedeutung das Gelingen dieses Unternehmens ist. Lassen Sie mich zum Schluß der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Bemühungen aller Beteiligten diesmal, zum erstenmal, von Erfolg gekrönt sein mögen.

Meine Damen und Herren, ich bitte ebenfalls um Annahme der Empfehlung und des Berichts.

Empfehlung 344

betr. die brasilianisch-europäischen Gemeinschaftsunternehmen und die Folgen für Europa

Die Versammlung

verweist auf die Wünsche, die vom brasilianischen Senat und von brasilianischen Regierungsbeamten im Hinblick auf die Verstärkung der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit zwischen Brasilien und den westeuropäischen Ländern zum Ausdruck gebracht wurden;

ist überzeugt, daß eine erhöhte internationale Zusammenarbeit im Bereich der Spitzentechnologien für Brasilien und die westeuropäischen Länder nur von Vorteil sein kann und dazu beitragen wird, ihre politischen und wirtschaftlichen Positionen zu verbessern;

ist sich bewußt, daß Brasilien in den letzten Jahren bei der Erforschung alternativer Energiequellen schnellere Fortschritte erzielt hat als einige westeuropäische Länder;

ist von den Fortschritten der technischen Entwicklungsprogramme Brasiliens im Bereich der Meteorologie und der Kommunikationsmittel beeindruckt;

ist sich der gegenseitigen Vorteile der Zusammenarbeit zwischen Brasilien und Westeuropa in folgenden Bereichen bewußt:

a) Nuklearforschung und -entwicklung;

b) alternative Energiequellen;

c) Forschung und Entwicklung im Bereich der Raumfahrt;

d) Flugzeugentwicklung,

EMPFIEHLT DEM RAT,

die Regierungen der Mitgliedstaaten zu ersuchen:

1. die europäische Koordinierung im Hinblick auf die in Brasilien bestehenden nuklearen Forschungs- und Entwicklungsprogramme zu verbessern und dabei besonderen Nachdruck auf die Sicherheitsvorkehrungen gegen die Gefahr der Weitergabe von Kernwaffen und die Probleme der Sicherheit und der Sicherung legen;
2. mit der brasilianischen Regierung im Bereich der alternativen Energiequellen zusammenzuarbeiten;
3. die Europäische Weltraumorganisation (ESA) zu beauftragen, ihre Beziehungen zu Brasilien enger zu gestalten, um ein Kooperationsabkommen zu schließen, das sich insbesondere auf die gemeinsame Nutzung von Start- und Flugwegverfolgungseinrichtungen und die Entwicklung der Luftbildaufklärungssatelliten und der Satelliten zur Direktübertragung von Fernsehsendungen erstreckt;
4. die industrielle Zusammenarbeit mit Brasilien im Hinblick auf die Entwicklung seiner nächsten Flugzeuggeneration zu fördern;
5. den Austausch von Sachverständigen mit Brasilien in den Bereichen der Forschung und der Technologieanwendung zu erhöhen.

Tagesordnungspunkt:

Beziehungen zu den Parlamenten

(Drucksache 818)

Berichterstatter: Abg. de Poi